

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Mo allsch 30 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 10
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste



Wieder verfliehet ein Jahr in das Meer der Vergangenheit. Es ist dies für die Arbeiterklasse ein Jahr der Sorge und der Stürme, freilich auch des Erfolges gewesen. Noch mehr Sorgen und Stürme kündigt das neue Jahr. Die Wirtschaftsnote hat sich beispiellos arg verschlimmert und fast alle Gewerbe erfaßt. Immer mehr Fabriken schließen die Tore, die Konkurse nehmen rasch zu. Die Zahl der Vollverlorenen wird jetzt schon auf anderthalb Millionen, die der Kurzarbeiter auf das Doppelte geschätzt und die beschäftigungslose, hungernde Masse erhält mit jedem Tag noch Zuzug.

Den Widersinn dieses Zustandes paßlich zu bezeichnen, fehlen die Worte. Tausende von Bauarbeitern sind beschäftigungslos, obwohl der Häuser- und Wohnungsmangel zum Himmel schreit. Zahllose Textilarbeiter sind außer Arbeit, obwohl der Bedarf an Webstoffen überaus dringend ist. Viele Kraftwagenfabriken liegen still, obwohl es den Gewerbetreibenden an Personenwagen, der Landwirtschaft an Schleppern fehlt. Die zerrüttete Wirtschaft bedarf des Ausbaues und der Wertvermehrung, aber die, die diese Notwendigkeit zu erfüllen vermögen, sind zum Nichtstun verdammt.

Unter solchem Widersinn und solchem Wahnsinn leidet die Menschheit, seitdem die kapitalistische Gesellschaft besteht. Die Milderung und schließlich Beilegung der Drangsal kann nur der Arbeiterklasse gelingen. Nicht der Arbeiterklasse schlechtthin, sondern der organisierten, der sozialistisch denkenden und bewußt handelnden Arbeiterklasse. Die freie

Gewerkschaft vereint die Arbeiter und macht ihr Tun zu zielbewußtem Handeln. Somit ist die freie Gewerkschaft eine höchst wichtige und eine sehr nützliche Sache. Sie schützt den Arbeiter gegen Ausbeutung; sie steht hinter ihm in allen Fährnissen des Lebens; sie erfüllt ihn mit Mannesmut und Zubericht. Ohne die Gewerkschaft wäre der Arbeiter auch heute noch der maßlos geschundene, der ganz hilflose Prolet.

Wenn jetzt wieder eine furchtbare Welle des Elendes über das arbeitende Volk flutet und die Kräfte der Gewerkschaftsbewegung nicht ausreichen sollten, das Unheil zu bannen, so haben jene Untätigen, die gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter ein voll gerüttelt Maß von Schuld daran. Sie tragen mit die Verantwortung für die jetzige Not des Proletariats. Sie mögen wieder gutmachen, was sie durch Unterlassung an sich selbst, ihren Kindern und ihrer Klasse geübt haben. Diese Wiedergutmachung ist durch Anschluß an die Gewerkschaft, an den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu erfüllen. Er schirmte seine Mitglieder in wirtschaftlichen Regentagen; er stand ihnen bei, wenn immer ihnen Unrecht geschah; er ging ihnen voran in Kampf und Sieg!

Ein neues Jahr bricht an. Ein Jahr der Not und der Kämpfe. In einer solchen Zeit ist der Metallarbeiter-Verband unerlässlicher denn je. Er wird seine Pflicht den Metallarbeitern gegenüber in noch höherem Maße zu erfüllen vermögen, wenn noch mehr Metallarbeiter ihm gegenüber ihre Pflicht erfüllen.

331.88105(43)

202945



Der wirtschaftliche Niedergang

Die deutsche Wirtschaft ist seit September im Niedergang begriffen, der sich die letzten Wochen in stürmischer Weise fortsetzt. Die Arbeitslosen zahlen mehr als je zuvor, die Konsumkurve ebenfalls, wie nachfolgende Aufstellung beweist:

1924	Konsumkurve	1925	Konsumkurve
Anfang Januar	598 000	Anfang Oktober	286 000
April	319 700	Novemb.	364 000
Juli	195 000	Mitte	471 833
Sept.	231 000		

Eine Steigerung der Arbeitslosen um rund 30 vH in einem halben Monat war bisher noch nicht dagewesen. Da es sich nur um Vollerwerbslose handelt, das heißt um solche, die Unterstützung beziehen, ist die Arbeitslosenzahl natürlich erheblich höher. Man kann die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf 1 200 000 ansetzen und wird damit keineswegs zu hoch gegriffen haben. Nach der letzten uns zur Verfügung stehenden Aufstellung der Gewerkschaften waren am 31. Oktober 5,8 vH der Mitglieder arbeitslos, ferner gab es an diesem Tage 12,4 vH Kurzarbeiter, so daß mehr als ein Sechstel der Arbeiter nicht den tarifmäßigen Lohn verdient. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit weiter fortgeschritten. Die schlechten Wirtschaftsverhältnisse offenbaren sich in einer Zeit, wo ein harter Winter im Anzuge ist und das Weihnachtsgeld, das heilige Fest der Liebe, vor der Tür steht. Gelobt sei die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung!

Diese Krise ist mit einer gewöhnlichen Krise der Vorkriegszeit nicht zu vergleichen. Damals handelte es sich darum, die in der geschäftlichen Hochblüte erzeugten Waren abzugeben, und um dies zu erreichen, setzte die Produktion in einigen Teilen solange aus, bis wieder Raum für vermehrte Produktion geschaffen war. Die gegenwärtige Krise ist eine Krise der deutschen Wirtschaft überhaupt, sie ist eine Krise der deutschen Wirtschaftsführer, die auf das falsche Pferd gesetzt haben, die den Produktionsapparat nach der verkehrten Seite in die Breite wachsen ließen, ohne den Versuch zu machen, mit weniger Produktionsmitteln, aber mit desto größerer Ergiebigkeit daselbst, die noch mehr zu erreichen. Dies muß vor allem festgestellt werden. Deshalb ist zur Reinigung und damit zur Voraussetzung einer endgültigen Gesundung eine harte Krise vonnöten. So leid uns dies auch tun mag, es ist kein anderer Ausweg vorhanden. Von selbst werden die unrentablen Betriebe nie ausgegliedert, eine erhebliche Herabsetzung der Preise, wie sie im Laufe der Krise erfolgte, ist nur so möglich. Nicht mit Unrecht sagte deshalb der Hauptredner der Tagung des Vereins der deutschen Maschinenbauanstalten: „Die deutsche Wirtschaft muß sich endlich wieder zu voller Gesundheit durchringen. Der Reinigungsprozess wird noch schwere Opfer erfordern. Aber je gründlicher und früher sich jetzt die Entwicklung vollzieht, desto besser am Ende für uns alle. Die Lösung muß jetzt sein: Durch!“

Kein Mittel haben bis jetzt den wahren Gesundungsprozess verhindert. Mit dem Beginn der Währungsreform schien es, als sollte auch eine gründliche Reinigung der Wirtschaft von allen Schlingen durchgeföhrt werden. Doch eine allzu weitgehende Kreditgewährung der Reichsbank verhinderte dies. Und als nun mit dem 7. April 1924 von dort der Umschwung in Gestalt einer Kreditbeschränkung zu sehen war, sah man eine Unterlassung nachholen zu wollen. Doch da erschienen die Auslandskredite und erlöschten wieder so etwas wie eine Frauenschönheitsblüte, die bis vor einigen Monaten anhielt. 3 1/2 Milliarden Mark Auslandskapital hatten jetzt der Verzinsung. Nunmehr scheint es kein Ausweichen mehr zu geben. Nur ist es schade, daß die kapitalistische Wirtschaft ihre Sünden immer den Schulden läßt, daß der Anarchismus ihrer Produktion nur durch einen Zusammenbruch wieder in die rechte Bahn gebracht werden kann.

Wie soll nun der Krise zu Leibe gegangen werden? Wie soll das entsetzliche Los von mehr als einer Million Arbeitslosen gemildert werden? Das ist die schwierigste Frage, die zu lösen ist. Die Hochamer Handelskammer sagt in einer Erklärung, daß mit Stilllegungen und Kurzarbeit sich die gegenwärtige Wirtschaftskrise nicht überwinden lasse, sondern diese dadurch nur noch gefährlicher werde. Das ist richtig. Es erscheint vielmehr dringender notwendig, vorhandene Arbeitsmöglichkeiten zu erhalten, soweit sie nicht unrationelle Betriebe betreffen. Das Besondere ist die Überwindung der Krise scheint uns im folgenden zu liegen: Weitgehende Vermehrung des Abzuges, womit eine nachfolgende Vermehrung der Produktion ohne weiteres verbunden ist. Damit einhergehen muß eine Produktionsverbilligung durch Zusammenfassung gleichartiger Betriebe, Beseitigung jedes Leerlaufes, Verhinderung jedes Eingriffs in die Preisgestaltung und in die Produktion durch Kartelle und Syndikate.

Notwendig und einschlagend ist hier vor allem eine fühlbare Preissenkung. Erfolgt diese in genügendem Maße, dann wird auch eine Abschärfung eintreten. Der

Inlandsmarkt ist noch genügend aufnahmefähig, wenn die Preise mit der gesunkenen Kaufkraft der Massen in Einklang gebracht sind. Auch die Ausfuhr wird eine nicht geringe Belebung erfahren, wenn sie durch billige Preise angeregt wird. Die Lagerbestände, die in Deutschland erschreckend hoch sind, müssen unter starkem Preisdruck geräumt werden. Sind die Bestände auf diese Art vermindert, wird und muß der Produktionsapparat wieder in Gang gesetzt werden. Und dann wird dies wahrscheinlich unter bedeutend verbesserten Vorbedingungen und Ausblicksmöglichkeiten geschehen.

Preisabbau ist also das A und O einer Wirtschaftsgesundung in Deutschland. Dies scheint auch die jetzt im Sterben liegende Regierung Luther eingesehen zu haben, denn in einer ihrer Sitzungen nach der Rücktrittserklärung hat sie eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Senkung der Preise und Befreiung der Wirtschaft von äußeren Einflüssen beschlossen. In einem Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaus werden eine Reihe wichtiger Maßnahmen beschlossen. Da ist zuerst die Aufhebung der Kriegsverordnung über die Geschäftsaufsicht. Die Möglichkeit, sich unter Geschäftsaufsicht begeben zu können, war zuletzt eines der wichtigsten Hindernisse für den Abbau des überreichten Wirtschaftsapparates. Nach den Vorschlägen sollen die Vorkriegsverhältnisse auf diesem Gebiet wieder hergestellt werden, so nur ein Zwangsvergleich und der Konkurs vor dem Amtsgericht geschlossen werden konnte. Ferner soll die Beseitigung der Ausnahmebestimmungen von Zwangsorganisationen, die bisher nach der Kartellverordnung vom 2. November 1923 nicht zu fassen waren, angestrebt werden. Dieser gehören vor allem die Innungen und Innungsverbände, die teilweise noch eine schlimmere Preispolitik betrieben haben als die Kartelle. Ferner sollen Vorschriften über das Freilassen von Brot usw. erlassen, Verabreichung des Apothekenzusatzes erstrebt werden und einiges andere.

Die Not des arbeitenden Volkes steigt von Stunde zu Stunde. Die Arbeitslosen wachsen, die kapitalistische Wirtschaftsweise vermag einer großen Zahl von Kopf- und Handarbeitern keine Beschäftigung zu bieten. Der fehlerhafte Kreislauf des gegenwärtig bestehenden Systems — Überfluß auf der einen und Mangel auf der anderen Seite — bestätigt sich wieder einmal in hervorragender Weise. Der Kapitalismus vermag die Schwierigkeiten seiner Produktionsweise nur unter ungeheuren Schädigungen von Millionen unschuldiger Menschen zu überwinden. Mehr als bisher muß die Beseitigung dieser Drangsal angestrebt werden. Doch da wir solange nicht warten können, müssen nächstliegende Maßnahmen entschlossen in Angriff genommen werden. Diese bestehen in der Beseitigung aller Kränklichkeitserkrankungen, wie sie dem Produktionsapparat noch anhaften. Darüber hinaus müssen Mittel vom Reich, den Ländern und den Gemeinden flüssig gemacht werden, um die Not unter den Erwerbslosen und Kurzarbeitern zu lindern. Denn die kapitalistische Wirtschaft ist es wahrhaftig nicht wert, daß ihr entgegen, auch nur eines der Opfer auf der Strecke bleibt.

Ermäßigung der Lohnsteuer

Die Bemühungen der Gewerkschaften gegen die überspannte Lohnsteuer haben jetzt den Erfolg gehabt, daß sich der Reichstag zu einer Ermäßigung der Lohnsteuer entschloß. Die Ermäßigung besteht in einer Erhöhung der steuerfreien Beträge. Ab 1. Januar 1925 werden monatlich mindestens folgende Beträge steuerfrei bleiben:

Lediger Steuerpflichtiger Verheiratet, ohne Kinder	bis mit 1 Kind " 2 Kindern " 3 " 4	bisher	ab 1. Januar
		50 M	100 M
		90	110
		100	120
		120	140
		150	180
		210	240

Die Stellenlosigkeit der Angestellten. Die Reichsarbeitsverwaltung hat am 16. Juli eine jetzt im Reichsarbeitsblatt veröffentlichte Erhebung über die Stellenlosigkeit der Angestellten durchgeführt. Wenn man daraus erfährt, daß mehr als ein Viertel der arbeitslosen Angestellten über 40 Jahre alt war, so kann man sich ein ungefähres Bild von der Notlage der älteren Angestellten machen. Der Umstand, daß demgegenüber unter den weiblichen Stellenlosen die jüngeren Altersklassen verhältnismäßig stärker vertreten sind, wird zum Teil darauf zurückgeführt, daß bei den weiblichen Angestellten Berufstätigkeit in jüngeren Jahren — vornehmlich Dienststätigkeit — vorwiegt.

Das die Dauer der Arbeitslosigkeit anbelangt, so zeigt sich, daß etwa die Hälfte aller stellenlosen Angestellten in den Jahren 1923 und 1924, das heißt durch den Inflations- und Stabilisierungsabbau ihre Anstellung verloren hat. Über ein Drittel der Stellenlosen war seit März dieses Jahres ohne Verdienst. Es zeigt sich die bekannte Tatsache, daß — im Gegensatz zum Arbeiter — der Angestellte bei Arbeitslosigkeit weniger Ausblick auf Wiedererlangung einer neuen Stelle hat. Dem Familienstand nach gliedern sich die 67 000 stellenlosen Angestellten in rund 57 vH Ledige, 39 vH Verheiratete und 4 vH Witwen oder Geschiedene. Nur 5 vH der weiblichen, dagegen 47 vH der männlichen stellenlosen Angestellten waren verheiratet.

Diese alles beherrschende Bedeutung der Wärme für die gesamte Technik der Metallbearbeitung dürfte es angebracht sein lassen, wenn wir an dieser Stelle einmal genauer auf das Wesen und die Wirkungen dieser wunderbaren Naturkraft und ihre Anwendung in der Metalltechnik eingehen. Hierbei müssen wir jedoch besseren Verständnisses allerdingens zunächst von den allgemeinen Eigenschaften der Wärme ausgehen.

Die Quelle aller Wärme, die wir an Erden vorfinden ist und hier zur Anwendung kommt, ist die Sonne. Für technische Zwecke, zum Heizen, Kochen, zum Antrieb unserer Maschinen und ebenso auch zum Schmelzen der Metalle, benutzen wir jedoch nicht direkt die Sonnenwärme, sondern die bei der Verbrennung der Brennstoffe, wie Holz, Kohle, besonders aber Kohle, entstehende Wärme, weil diese von viel höherer Temperatur als die uns von der Sonne zukommende Wärme ist, wie es für solche wie die angegebenen technischen Zwecke notwendig ist. Aber auch die Wärme, die bei der Verbrennung der Kohlen oder sonstigen Brennstoffe entsteht, also auch die Wärme, mit der wir die Metalle schmelzen, rührt lediglich von der Sonne her. Wie ist das zu erklären?

Die Kohle ist ein Umwandlungsprodukt des Holzes, ist also der Umwandlung des Holzes zur Kohle durch die Sonne ebenfalls vorzuziehen, jedoch untergeordneter Umwandler entstanden, ebenso wie ja auch künstlich Kohle, nämlich die Ho-Kohle, aus dem Holz gewonnen wird. Unsere gewöhnlichen Kohlenlager sind aus der Verkohlung des Holzes der früheren ungenutzten Umwandler entstanden. Die Kraft jedoch, die die Pflanzen und Tiere zum Umwandler bildet, war die Sonnenwärme. Die Pflanze kann nur unter der Einwirkung von Licht auf Sonnenlicht und Sonnenwärme, nimmt diese gleichsam in den Form der Umwandler vorfinden und bilden auch in ihrem Verkohlungsprodukt, nämlich in der Kohle, enthalten. Wenn wir die Kohle nunmehr verbrennen, so wird die einstmals vor angelegten Jahren ausgenutzte Sonnenwärme frei und tritt eben als die Wärme zurück, die bei der Verbrennung der Kohle oder sonstigen Brennstoffe entsteht.

Seit der Erhebung hat, wie mitgeteilt wird, die Zahl der Angestellten, die um Arbeitsvermittlung nachsuchten, bis 1. Oktober noch um 10 vH zugenommen. Die große Arbeitslosigkeit der Angestellten, die diese Erhebungen darlegen, ist offenbar dadurch verursacht, daß infolge von organisatorischen Vereinfachungen und von technischen Verbesserungen im Geschäftsbetrieb und infolge von schlechtem Geschäftsgang viele Angestellte abgebaut wurden und werden. Die Lage der Angestellten wird noch dadurch erschwert, daß ein großer Teil der Stellenlosen keine Erwerbslosenunterstützung erhält und teils vom Wohlfahrtsamt, teils gar nicht unterstützt wird. In Düsseldorf erhalten zum Beispiel nur 30,5 vH, in Hamburg 45 vH der stellenlosen Angestellten Erwerbslosenunterstützung.

Deutsche Eisenerzeugung. Nach den Angaben des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Roheisenerzeugung in Deutschland im Oktober 1925 rund 741 741 Tonnen, das sind 53 vH der im Jahre 1913 erzeugten Mengen. Für die Zeit vom Januar bis Oktober 1925 wird die Roheisenerzeugung mit 8 700 335 Tonnen angegeben = 62 vH der Produktion vom Januar bis Oktober 1913. Die durchschnittliche arbeitsmäßige Gewinnung stellt sich für Oktober auf 23 927 Tonnen = 52 vH gegenüber 1913. Für die Zeit vom Januar bis Oktober 1925 errechnet sich eine durchschnittliche arbeitsmäßige Gewinnung von 27 708 Tonnen = 60 vH des Durchschnitts von 1913. Von 211 Hochöfen waren im Oktober 1925 rund 93 = 44 vH im Betrieb. Im März 1925 konnten 122 Öfen = 58 vH unter Feuer gehalten werden. Die Leistungsfähigkeit der Öfen wurde im Oktober zu 50 vH ausgenutzt, während die Ausnutzung im März noch 68 vH betrug.

Schwere Gefahr der Schutzpolitik. Die niederrheinische Margarineindustrie verbraucht täglich 90 000 Liter Milch, die die heimische Landwirtschaft nicht liefern kann, sondern die von Holland eingeführt werden muß. Bisher wurde der Margarineindustrie des Niederrheins die Milchzufuhr aus Holland genehmigt. Seitdem die neuen Schutzgölle in Kraft getreten sind, müßten die Margarinefabriken einen Zoll von 6 M je Liter entrichten, was einer Verteuerung der Milch um ungefähr 50 vH gleichkommt und die Verteuerung der Margarine um 3 M das Pfund zur Folge haben müßte. Der Aufschlag des Kleinhandels wäre sicherlich noch höher. Diese Lage hätte beinahe zur Stilllegung der auf holländische Milch angewiesenen Margarinefabriken und Entlassung von 4000 bis 5000 Arbeitern geführt, zumal sich diese Industrie in Händen von großen Konzernen befindet, die die Produktion vom Niederrhein in andere Bezirke hätten verlegen können. Durch Eingriff der Gewerkschaften gelang es, ein Weiterarbeiten der Betriebe bis Ende April 1925 zu sichern; bis dahin soll eine endgültige Regelung erfolgen. Das geschriebene Beispiel, das wir dem proletarier entnehmen, zeigt an einem besonderen Falle die schädlichen Wirkungen der Schutzpolitik.

Die Konferenz des Dresdner Bezirks

Sie fand im Volkshaus zu Leipzig statt. Der Bedeutung der Konferenz entsprechend sind zur Teilnahme auch die in erster Linie verantwortlichen Kollegen der einzelnen Verwaltungskreise eingeladen worden. Anwesend waren 74 Delegierte, 32 Geschäftsführer, 2 Mitglieder des erweiterten Beirats, 4 Mitglieder der engeren Bezirkskommission, 3 Mitglieder der Bezirksleitung und ein Vorstandsmitglied. Im Bericht der Bezirksleitung geht Kollege Zeiggraber ein auf die Lohnbewegungen im Freistaat Sachsen und auf die Entscheidungen der Schiedsinstanzen, deren Stellungnahme öfters den Widerspruch unserer Kollegen herausforderte. Ein wenig erfreuliches Bild zeige die Entlohnung derjenigen unserer Kollegen, die als Beauftragte in anderen Industrien, zum Beispiel Bergbau, Textilindustrie usw., beschäftigt sind. Eine Besserung werde erst eintreten, wenn unsere da beschäftigten Kollegen sich dem Metallarbeiter-Verband anschließen. Die Zahl der Mitglieder ist von 113 391 im 2. Vierteljahr auf 115 638 im 3. Vierteljahr gestiegen. Auch die Beitragsleistung hat sich in dieser Zeit verbessert: sie stieg von 11,72 auf 12,64 im Durchschnitt ohne beitragsfreie Marken. — Die nach dem Bericht eingehende Aussprache bewegte sich in sachlichen Grenzen.

Sodann sprach Kollege Schott (Stuttgart) über die Erhöhung der Unterhaltungen und Beiträge. Er begründete sie mit dem Hinweis, daß wir für die Krise gerüstet sein müßten. Die Meinung der Konferenz über die Erhöhung der Unterhaltungen und Beiträge zeigt die folgende einstimmig angenommene Entscheidung:

Die Konferenz nimmt Stellung zum Beschluß des Vorstandes und Erweiterten Beirates in bezug auf die Beitrags- und Unterhaltungserschöpfung. Sie stellt sich geschlossen hinter diesen Beschluß und verpflichtet sich einstimmig, sich für die Durchführung einzusetzen.

Kollege Schott sprach gleichfalls über die Beschlässe des Gewerkschafts-Kongresses. Er sagte, da sich unsere an den Leipziger Gewerkschafts-Kongress getnüpften Hoffnungen in bezug auf die Einheitsorganisationen nicht erfüllt hätten, müßten wir uns vorläufig damit abfinden. Unser Augenmerk müßte aber nach wie vor auf die Gewinnung der Mitglieder gerichtet sein, die als Metallarbeiter beschäftigt sind. Dazu gehören tatkräftige Kleinarbeit. Die Befürchtung, daß bei dem Aufgehen in die Industrieverbände die Branchen nicht auf ihre Rechnung kämen, sei völlig falsch. Man müßte hoffen, daß auch die anderen Gewerkschaften einsehen, daß durch die Vereinigung aller eine größere Macht erreicht werde, was unsere Aufgaben erleichtere. — Ohne Widerspruch wurde folgende Entscheidung angenommen:

Die Bezirkskonferenz stellt mit Bedauern fest, daß der Breslauer Gewerkschafts-Kongress in der Frage der Industrieorganisation versagt hat. Die Konferenz spricht den Metallarbeiter-Delegierten des Gewerkschafts-Kongresses ihr Vertrauen aus und verpflichtet sich, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Durchführung der Industrieorganisation einzutreten.

Bei der nun folgenden Wahl der engeren Bezirkskommission wurden die bisherigen Mitglieder Seidel, Eichler, Sander und Krüger-Dresden einstimmig wiedergewählt.

Wir wollen das durch einen Vergleich noch anschaulicher machen: Wenn ich eine Uhr ansieht, so muß ich dazu eine gewisse Menge Muskelkraft aufwenden. Durch meine Muskelkraft verleihe ich die Feder der Uhr, indem ich sie ausziehe, in einen gewissen Spannungszustand, der die Feder befähigt, das ganze Uhrwerk zu treiben. In Wirklichkeit ist es also meine in die Uhrfeder hineingelegte Muskelkraft, die das Uhrwerk treibt, also in der Uhr als deren Triebkraft frei wird und in Erscheinung tritt. In der Uhrfeder war meine Muskelkraft also gleichsam aufgespeichert und wurde aus diesem Speicher allmählich an die Uhr abgegeben, zur Bewegung des Räderwerkes verwendet. Die Uhrfeder ist also ein Akkumulator (Aufspeicherer) meiner Muskelkraft. Ein solcher Akkumulator, jedoch nicht von menschlicher Muskelkraft, sondern von ehemals aufgenommener Sonnenwärme, ist auch die Kohle wie überhaupt jeder Brennstoff. Der Stoff der Kohle ist durch die Sonnenwärme in einen gewissen Spannungszustand versetzt, und diese aufgespeicherte Wärme tritt bei der Entspannung des Stoffes der Kohle, nämlich bei der Verbrennung, als Verbrennungswärme in Erscheinung. Die Kohle ist also ein Sonnenwärmeakkumulator, ähnlich wie der elektrische Akkumulator elektrische Kraft aufspeichert, enthält, und liefert uns die für unsern alltäglichen technischen Prozesse benötigte Wärme.

Vorher wir auf die näheren Erscheinungen und Wirkungen der Wärme in der Technik eingehen, müssen wir uns mit dem wichtigsten Zustand der Wärme, nämlich der Temperatur befassen. Die Wärme tritt uns in sehr verschiedenen Zuständen entgegen. Ein Stück Eisen kann kalt, lauwarm oder sehr warm sein, was wir schon durch Berührung mit der Hand feststellen können; es kann aber auch glühend sein, rotglühend oder weißglühend heiß, endlich auch flüchtigglühend sein. Alles das sind die verschiedenen Zustände der Wärme, die wir als ihre Temperatur bezeichnen. In einem Stück rotglühenden Eisen ist viel mehr Wärme enthalten als in einem gleich großen Stück lauwarmen Eisens; da es sich in beiden Fällen um gleich große, beziehungsweise gleich schwere Stücke Eisens, also auch um gleich große Räume handelt, in denen die Wärme vorhanden ist, so muß in dem Stück rotglühenden Eisens, da in diesem viel mehr Wärme enthalten ist als

Was der Metallarbeiter von der Wärme wissen muß

Von H. Wolff-Friedmann (Metallarbeiter)

Die Wärme ist die Naturkraft, worauf die gesamte Technik der Metallbearbeitung beruht. Ganzjährig kann die Gewinnung der Wärme nur durch Anwendung von Wärme erfolgen, nämlich durch das Aufheizen der Metalle, wie es in den Hochöfen der Eisenerzeugung geschieht. Ebenso ist die Wärme für die Bearbeitung der Metalle notwendig. Die Metalle werden zum weitaus größten Teil in warmem Zustand bearbeitet, entweder in glühendem Zustande, wie es beim Schmieden der Fall ist, oder in glühendwarmem Zustande, wie es bei der Metallgießerei geschieht. Ohne Wärme wäre weder die Gewinnung noch die Bearbeitung der Metalle möglich. Ferner ist aber die Wärme auch die wichtigste Triebkraft der zahlreichen und verschiedenartigen Kraft- und Bewegungsapparate, die bei der modernen Metallbearbeitung zur Anwendung kommen. Das sehen wir unmittelbar an der Dampfmaschine, der wichtigsten und weitverbreitetsten Antriebsmaschine der Metallindustrie, bei der durch Verbrennung von Petroleumkohlenstoff unter dem Dampfdruck Wärme hoher Temperatur erzeugt wird, die durch das Wasser in dem Kessel in Dampf umgewandelt wird, der wiederum die Arbeit verrichtet. Dieser Dampf, der die Spannung verleiht, wird, der unmittelbar dieser aus der Wärme gewonnenen Eigenschaften die ganze Dampfmaschine und ebenso die an sie angeschlossenen verschiedenartigen Werkzeuge treibt. Nicht ist aber auch bei allen anderen Maschinen, gleichviel welcher Art, beispielsweise auch bei allen elektrischen Maschinen, die ja ebenfalls in der Metallindustrie heute weitgehend Anwendung finden, die Wärme die treibende Kraft, von der alle Arbeitsleistung ausgeht, wie wir noch näher darlegen werden. Endlich ist die Wärme auch die Quelle aller Kraft und Arbeit der wichtigsten Arbeiter selbst, also auch aller Muskel- und Geisteskraft, die der Metallarbeiter für sein Beruf anwenden muß.

Die Krise der deutschen Automobilindustrie

Bermeintliche und wirkliche Krisenursachen

Das unsere Automobilindustrie in einer sehr schweren Krise steckt, ist allgemein bekannt. Und wer sich dessen noch nicht bewußt war, der konnte es auf der jüngst in Berlin stattgefundenen Automobil-Ausstellung erfahren. Bei ihrer Eröffnung sagte Herr Geheimrat v. Opel, die deutsche Automobilindustrie erlebe jetzt ihre Schicksalsstunde. Das nämlich wurde durch zahlreiche Ansätze und Schriften verkündet. Noch deutlicher sprechen die zunehmenden Einschränkungen und Stilllegungen von Betrieben für die Schwere der Krise.

Aber die Ursachen des schlimmen Standes der Dinge gehen nun freilich die Meinungen auseinander. Der Herr Geheimrat meinte, an der Konstruktion des deutschen Wagens könne es nicht liegen, denn in dieser Hinsicht sei er dem ausländischen ebenbürtig. Wohl aber trage der Staat sehr viel Schuld an dem Unglück. Er habe das Einfuhrverbot zu früh beseitigt, wodurch im letzten Jahre für 100 Millionen fremde Wagen nach Deutschland eingeführt worden seien. Diese 100 Millionen seien nicht nur ein furchtbarer Schlag für unsere Handelsbilanz, sondern sie bedeuteten auch, daß man zugunsten des Auslandes deutschen Arbeitern und Beamten das Brot nehme. Man könne sagen, daß jeder vom Ausland gekaufte Wagen durchschnittlich drei Arbeiter mit Frau und Kindern auf ein ganzes Jahr brotlos mache. Auf solche Weise werde die Existenz von 300 000 deutschen Arbeitern und Angestellten in Frage gestellt. An alledem trage, nach der Meinung des Herrn Geheimrats v. Opel, eben der Staat die Schuld, weil er die deutschen Grenzen zu früh geöffnet habe, dann auch, weil er die Autoindustrie zu hoch besteuere und sie nicht durch Kreditgewährung gehörig unterstütze. Um die mißliche Lage zu bessern, müßten Regierung, Volk und Industrie zusammenwirken, vor allem aber dürfe kein Deutscher einen ausländischen Wagen kaufen. Die gleiche Meinung ist ausführlich dargelegt in der Schrift zu finden, die in der Ausstellung an jedem Stand ausgelegt war.

Schon eine heilküßige Prüfung dieser Behauptungen von den Ursachen der deutschen Automobilkrise läßt an ihrer Richtigkeit zweifeln. So sagt beispielsweise der Herr v. Opel, ein nach Deutschland eingeführter Wagen mache drei deutsche Arbeiter ein ganzes Jahr brotlos. Dies würde heißen, daß in Deutschland ein Kraftwagen durchschnittlich die Jahresarbeit von drei Leuten oder etwa 7800 Arbeitsstunden heißt. Das wäre mindestens zehnmal mehr Arbeitszeit, als in Amerika für einen Wagen nötig ist. Auch wenn man in Rechnung stellt, daß der deutsche Arbeiter viermal schlechter entlohnt ist als sein amerikanischer Kollege, so ist trotzdem in Amerika der Arbeitslohn je Wagen noch um ein Mehrfaches geringer als in Deutschland. Anders ausgedrückt, die deutschen Wagen sind, allgemein gesprochen, trotz der viel geringeren Löhne viel teurer als die ausländischen. Dant dieser Tatsache vermag der ausländische Wettbewerber den unerhöht hohen Eingangszoll — der oft den gesamten Wagenpreis ausmacht — zu entrichten und dennoch auf dem deutschen Markt die einheimischen Erzeuger verdrängen, und andererseits werden viele deutsche Käufer durch den niedrigeren Preis des ausländischen Wagens bestimmt, diesen einem deutschen vorzuziehen. Auf den viel zu hohen Preis des deutschen Erzeugnisses ist es auch zurückzuführen, daß, wie der Herr Geheimrat sagt, im letzten Jahre für 100 Millionen Automobile eingeführt wurden. An dem vom ausländischen Wettbewerb verursachten Schaden soll nun die Aufhebung des Einfuhrverbotes schuld sein: hätte man, so wird behauptet, keine Wagen herein gelassen, wären den deutschen Werken die 100 Millionen, die die ausländischen Verkäufer erhalten, zugute gekommen. Diese Meinung ist jedoch nur in sehr bedingtem Sinne, wenn überhaupt, richtig. Wahrscheinlich hätten die deutschen Käufer, deren Mittel gerade für einen billigen ausländischen Wagen reichten, von dem Kauf ganz abgesehen, weil der deutsche Wagen für sie eben unerreichbar ist.

„Keinen zuverlässigeren Arbeiter als den deutschen“

Will die deutsche Automobilindustrie verhüten, daß fremde Wagen in Deutschland abgesetzt werden, dann muß sie mindestens so wohlfeil werden wie der ausländische Wettbewerber. Diese Notwendigkeit muß natürlich auch erfüllt sein, wenn auf dem Weltmarkt Geschäfte gemacht werden sollen. Nun sollte man meinen, daß die deutsche Industrie, was Güte und Wohlfeilheit anbelangt, jedem Wettbewerber gewachsen sein müßte. Gewiß ist sie hinsichtlich der Bestimmung wie der Kreditbeschaffung und des Rohstoffbezugs schlechter daran, als der Wettbewerber in manchem andern Lande. Diese Nachteile werden jedoch durch verschiedene Vorteile mehr als aufgehoben. Zum ersten gibt es doch, wie es in einer von den Veranstalter der Automobil-Ausstellung verbreiteten Schrift heißt, „keinen zuverlässigeren, sorgfältigeren Arbeiter, keinen gewandteren und gründlicheren Ingenieur als den deutschen“. Damit bestätigen unsere Automobilindustriellen

nichts als eine weltbekannte Tatsache, obwohl sie von ihresgleichen oft recht hartnäckig bestritten wird. Der Kennzeichnung der deutschen Arbeiter und Ingenieure sollte jedoch noch beigefügt werden, daß beide über alle Maßen beschäftigt sind. Diese sorgfältigen und gewissenhaften Arbeiter schaffen für ein Entgelt, womit sich anderswo vielleicht nur die Lehrbuben ausfinden lassen. Der Lohnvorsprung, den die deutsche Industrie dem weitbewerbenenden Auslande gegenüber hat, wiegt ihre Nachteile überreichlich auf. Und trotz der beispiellos zuverlässigen, sorgfältigen, gewissenhaften, gründlichen und, insbesondere, der überaus billigen Arbeiter und Ingenieure sind die Erzeugnisse der deutschen Industrie viel teurer als die der ausländischen Wettbewerber, so daß diese den Weltmarkt fast allein beherrschen und selbst auf dem deutschen Binnenmarkt trotz einer unerhöhten Zollbelastung immer weiter Fuß fassen.

Des Übels Kern

Diese Tatsache ist zu merkwürdig, als daß sie nicht nach einer Klärung rufe. Die Klärung ist freilich viel leichter, als man sich gemeinhin vorstellen mag. Sie ließ sich schon auf einem Rundgang durch die Automobil-Ausstellung erreichen. Man kam da aus dem Schreden über die ungeheure Vergewaldung von Kraft, Zeit und Geld gar nicht heraus. Zuerst verblüffte die Unmenge von Fabriken, wovon die meisten vermöge ihres geringen Umsatzes doch kaum mehr als Postelbuden sein können.

Alle deutschen Automobilfabriken zusammen sollen jetzt im Stande sein, im Jahr 100 000 bis 120 000 Wagen zu erzeugen. Nach dem letzten Bericht der Ford Motor Company fertigte sie im Monat Oktober im Tagesdurchschnitt 9400 Wagen. Somit erzeugt diese eine amerikanische Fabrik in etwa 12 Tagen soviel, wie alle deutschen Fabriken in 300 Tagen, wenn sie ihr Höchstes leisten. Mit dem bisherigen Absatz der deutschen Industrie, der natürlich weit unter 100 000 Wagen im Jahr steht und den das erwähnte amerikanische Werk in fünf Tagen deckt, amüsieren sich Hunderte von Fabriken. Jede dieser Fabriken weiß natürlich ihre Zeit zu verbringen, weil jede ihre — Eigenart pflegt. Jede freut sich königlich, zeigen zu können, daß sie einen besonderen Motor, eine absonderliche Karosserie, eine seltsame Lenkstange, eine eigenartige Vorderräder, eine andere Farbe und weiß Gott was sonst noch anderes hat. Um dieses hundertfältige Andere zu erfinden, zu zeichnen, zu fertigen, zu probieren, zu ändern und wieder zu probieren, braucht man natürlich Ingenieure, Zeichner, Modellmacher und Arbeiter mit Versuchswerkstätten. Das alles ist ja sicherlich recht unterhaltend, und es lassen sich damit schon viele Tage, Wochen und Monate verträdeln. Schade nur, daß solche Substanzarten schredlich viel Geld kostet, das in keinem Verhältnis zum Vorteil steht. Die Masse der Autobedürftigen pfeift auf solche Sonderheiten; sie will einen einfach zu handhabenden Wagen mit leicht austauschbaren Teilen zu sehr billigem Preis haben.

Es wird nun zwar berichtet, im letzten Jahre sei es mit der Vereinheitlichung der Typen und Teile wieder vorwärts gegangen. Dies soll nicht bestritten werden; nur geht es damit viel zu langsam und es ist viel zu wenig durchgreifend. Die Vielgestaltigkeit der Typen und Schrüken bezahlen der Arbeiter und der Käufer; der eine mit seinem Wagnis, der andere mit dem hohen Preis, und schließlich die deutsche Wirtschaft mit ihrer Blüte. In dem langen Zuge der Leidtragenden fehlen allerdings auch die Hauptschuldigen, die Fabrikanten nicht, wie die eingeschränkten und stillgelegten Betriebe bezeugen. Die Fabrikanten sind durch die Verjenseitigkeit auf die Eigenart geschäftstrank geworden; sie werden von Glück sagen können, wenn ihnen darob der Atem nicht ganz ausgeht. Für viele Fabriken dürfte die Berliner Ausstellung der letzte Feiertag, die Fastnacht gewesen sein, die von einem ewigen Wochermittwoch abgelöst ist.

Diese trübe Voraussagung ist nicht von ungefähr gemacht. Wenn die deutsche Automobilindustrie, obwohl sie durch ein nachgerade vollständiges Einfuhrverbot, einen unerhöht hohen Zoll und durch sehr niedrige Löhne begünstigt wurde und wird, unfähig war, sich wettbewerbsfähig zu machen, so wird ihr das auch schwerlich bis zum Juli 1926 möglich sein, wo sich der Schutz Zoll um 20 vH vermindert, um nach weiteren zwei Jahren fast ganz zu verschwinden. Es ist hier und da versucht worden, den Ansturm des billigen ausländischen Wagens durch „Leinwage n“ zu begegnen, wie unter anderem der „Aushilfslohn“ der Opelwerke erkennen läßt. Daß wir diese Versuche für einen Irrweg halten, wurde schon letzte Woche in diesen Spalten gesagt. Diefen Kleinwagen hastet nun einmal, abgesehen von ihrer geringeren Leistungsfähigkeit, der Armeleutegeruch an. Und wenn man für fast dasselbe Geld einen vollgestaltigen ausländischen Vierfüßler haben kann, wird der deutsche Käufer natürlich diesen vorziehen. So dürfte es trotz des Kleinwagens mit der Fernhaltung des fremden Wettbewerbs vom deutschen Innenmarkt keine Not haben.

Schwankungen des Wärmezustandes des Quecksilbers leicht und deutlich sehen, denn schon bei verhältnismäßig geringen Schwankungen des Wärmezustandes wird ein deutliches Steigen oder Fallen des Quecksilbers in dem Röhrchen eintreten. Nun stelle ich die gesamte Vorrichtung in Wasser, das gerade auf dem Gefrierpunkt angelangt ist, und merke die Stelle, wo bei dieser Temperatur das Quecksilber in dem Röhrchen sich einstellt, durch einen Strich an dem Röhrchen an. Dann nehme ich die Vorrichtung aus dem kalten Wasser heraus und stelle sie in kochendes Wasser; infolge der zugeführten Wärme dehnt sich das Quecksilber bedeutend aus, die Quecksilberhöhe in dem Röhrchen steigt, bis sie einen bestimmten Höhepunkt erreicht hat, den sie bei dieser Temperatur dauernd beibehält. Diesen Höhepunkt merke ich ebenfalls durch einen Strich an dem Röhrchen an. Durch die beiden Merksprüche habe ich jetzt zwei wesentliche Arten des Wärmezustandes des Wassers festgelegt, nämlich die Temperatur beim Gefrieren und die beim Kochen. Wenn ich nun den Raum zwischen diesen beiden Merksprüchen in 100 gleiche Teile teile, so kann ich auch alle zwischen den beiden angemarkten Grenzen vorhandenen Temperaturen leicht und sicher bestimmen und habe einen sehr genauen Temperaturmesser, durch welchen ich mittels einfacher Vergleiche auch den Wärmezustand anderer Körper leicht und zuverlässig bestimmen kann. Eine solche wie die beschriebene Vorrichtung ist also ein Temperaturmesser, den wir als Thermometer bezeichnen.

Ein Thermometer, bei welchem der Zwischenraum zwischen den Temperaturmerksprüchen des Gefrierenden und des Kochenden Wassers in hundert gleiche Teile oder, wie wir sagen, in 100 Grad geteilt ist, ist ein Celsius-Thermometer, während bei dem Reaumur-Thermometer jener Zwischenraum nur in 80 Grad geteilt ist, so daß ein Grad (1°) Celsius immer 100:80 = 1,25 Grad Reaumur entspricht. Das Celsius-Thermometer ist jetzt das allgemein übliche und hat das Reaumurische bereits zum größten Teil verdrängt. In dem ich die durch die Gradensteilung 1 bis 100 geteilte Thermometerskala entsprechend nach oben oder unten verlängere, kann ich auch die Temperaturen unter dem Gefrierpunkt und über dem Siedepunkt des Wassers messen, wobei bekanntlich die Grade unter dem ersten Strich oder dem

Der einzige Ausweg

Man kann die Sache drehen und wenden wie man will, es gibt für die deutsche Automobilindustrie nur einen Weg ins Erdene, ein Weg, der allerdings Verzicht auf die liebe Eigenart, viel Kühnheit und rücksichtsloses Handeln heischt. Dieser Weg ist Zusammenschluß der bestbeschaffenen Fabriken zu einer Deutschen Kraftwagen-Gesellschaft, die die gesamte Produktion ummodellt, und zwar in der Weise, daß bestimmte Werke, je nach ihrer geographischen Lage und technischen Beschaffenheit, nichts wie Einzel- und Gruppenteile herstellen für drei oder vier räumlich auseinanderliegende Werke, die allein die Zusammenlegung besorgen. Außerhalb der auf Massenfabrication eingestellten Gesellschaft können ein paar Werke, die sich auf Luxuswagen verlegen oder die von ihrer geschäftlichen und technischen Eigenart nicht lassen wollen, getrost weiterbestehen. Sie werden der Gesellschaft sicherlich keinen Eintrag tun und auch für sich selbst keine großen finanziellen Hochsprünge zu machen vermögen.

Nur einer so zusammengefaßten und eingerichteten Produktion wird es möglich sein, eine wirklich großzügige Massenerzeugung einzuführen, die nötigen Spezialmaschinen anzuschaffen und voll auszunutzen, was ja bis heute in Deutschland noch keineswegs der Fall ist. Die Zusammenlegung und Umstellung der Produktion und größtmögliche Ausnutzung der Spezialmaschinen setzt voraus die Verminderung der Typen und Vereinheitlichung der Teile und Formen. Die verblüffende Vielgestaltigkeit der Chassis, Karosserien, Motoren und Wagengrößen muß verschwinden und auf sehr wenige durchkonstruierte und erprobte Arten verringert werden. Wenn mit der heutigen Kunstfertigkeit eigentlich gebient sein soll, bleibt ein glattes Kästel. Nur durch eine derartige Umgruppierung, Ausnutzung und Vereinfachung kann die Verschlimmerung der Krise beschworen werden.

Die deutsche Automobilindustrie muß freilich um ihrer selbst willen nicht bloß auf die Erhaltung des deutschen Innenmarktes, sondern auch auf seine Verlebung bedacht sein. Das heißt, sie selbst muß ihr Möglichstes tun, damit ihr Erzeugnis in den Bereich der Masse kommt. Wird dies außer acht gelassen, dürfte die deutsche Industrie auch im günstigsten Falle bald an der Grenze ihrer Entfaltung angelangt sein. Um es der Masse erreichbar zu machen, muß es erstens, wie schon erwähnt, bedeutend billiger werden, und andererseits muß die Automobilindustrie in der Steigerung der Löhne vorangehen und gleichzeitig das Abzahlungsgeschäft landweit für den Mann mit schlantem Geldbeutel organisieren. Daß die Steigerung der Löhne in der Automobilindustrie dieser selbst über alle Massen zum Vorteil gereicht, ist an der Erfahrung in Amerika zu ersehen. Das Mehr an Lohn bringt ihr ein Mehr an Aufträgen, in der Folge eine massenhaftere Erzeugung und dadurch eine Verbilligung, die die Schär der Kauflustigen noch weiter vermehrt.

Die Bildung einer Deutschen Kraftwagen-Gesellschaft bietet natürlich angeht die bei den Automobilfabrikanten stark ausgeprägten Eigenart, der Vielgestaltigkeit des Strebens und der Kreditnot ungeheure Schwierigkeiten. Eine andere Möglichkeit aber zur Bewältigung der äußeren und inneren Gefahr ist nicht zu übersehen. Sollte es nicht zu einer derartigen Zusammenfassung der Kräfte und Mittel kommen, dann vermag man nicht zu ersehen, wie die deutsche Automobilindustrie aus der geschäftlichen Frostzeit herauskommen will. Den Weg nach Golgatha wird ohnedem ein starker Haufen Automobilfabrikanten zu gehen haben.

F r i s k u m m e r

Zusammenschluß in der deutschen Überseeschiffahrt. Eine sehr umfangreiche Fusion in der deutschen Überseeschiffahrt steht unmittelbar vor dem Abschluß. Es werden folgende drei Reedereien in dem Norddeutschen Lloyd aufgehen: Roland-Linie, Hamburg-Bremen-Victoria-Linie und Dampfschiffreederei Horn. Das Aktienkapital des Norddeutschen Lloyd erhöht sich nach Durchführung der Fusion auf 52 Millionen Mark. Der Wuttorauminhalt der Flotte wird rund 613 000 Bruttoregistertonnen betragen, wovon 553 183 Tonnen auf Überseeschiffe entfallen. Als Begründung der Fusion wird gesagt: „Die Zusammenlegung der Betriebe wird für die Ausnutzung der vorhandenen personellen und materiellen Kräfte günstigere Bedingungen schaffen, insbesondere eine rationellere Ausnutzung des in einer Hand zusammengefaßten Flottenmaterials gestatten und erhebliche Ersparnisse ermöglichen. Der Norddeutsche Lloyd verfolgt im übrigen mit dem Entschluß zur Konzentration, der ihm durch die seit Jahren bestellte Beteiligungspolitik ermöglicht wird, die Richtung, die auch anderen großen Unternehmungen durch die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und durch die Gestaltung unserer Gesetzgebung gewiesen ist.“ Dem Raumgehalt der Schiffe nach wird der Norddeutsche Lloyd dann den größten Schiffahrtskonzern Deutschlands bilden. Das Aktienkapital bleibt jedoch hinter dem der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) zurück.

in dem Glas lauwarmen Eijen, die Wärme gleichsam viel dichter vorhanden sein. Diese höhere „Dichtigkeit“ der Wärme in einem gegebenen Raume ist die höhere Temperatur der Wärme in diesem Falle.

Die Wärme oder die Körper, die ja immer die Träger der Wärme sind, können von sehr verschiedener Temperatur sein. Um die genauere Art des Wärmezustandes, also die genauere Temperatur der Körper erkennen und beurteilen zu können, müssen wir die Temperatur messen, das heißt die verschiedenen Temperaturen miteinander vergleichen. Zur Bestimmung des Wärmezustandes benutzen wir die wertwüürdige Fähigkeit der Wärme, die Körper auszu dehnen. Die Wärme dehnt die Körper aus, und zwar um so mehr, je mehr Wärme in dem Körper enthalten bzw. je höher die Temperatur in diesem ist. Schon die fetten Körper werden durch die Wärme merklich ausgedehnt. Der Metallarbeiter weiß, daß ein Stück Eisen beim Glühen etwas größer wird und sich beim Erkalten wieder etwas zusammenzieht; ebenso nimmt ein Gussstück, solange es sich noch in glühendflüssigem Zustande befindet, einen etwas größeren Raum ein als nachher in erkaltem Zustande. Es verringert seinen Raum beim Erkalten, es „schrumpft“, wie der Fachausdruck lautet. Das Schrumpfen der Gussstücke spielt in der Gießerei eine sehr wichtige Rolle und erfordert eine genaue Berücksichtigung. Weil die Gussstücke schrumpfen, muß die Modellform und ebenso auch die Gussform immer etwas größer sein, als das fertige Gussstück sein soll, weil dieses sonst infolge des Schrumpfens zu klein ausfallen würde.

Ziel deutlicher kann jedoch die Ausdehnung, die die Körper durch die Wärme erfahren, an flüssigen Körpern festgestellt werden, und solche Körper sind es auch, die wir zur Messung der Temperatur verwenden. Ich nehme ein dünnes Glasröhrchen, das sich unten zu einer Hohlkugel erweitert, und gieße in das Röhrchen flüssiges Quecksilber hinein, bis die untere Hohlkugel angefüllt ist. Jetzt führe ich dem Quecksilber Wärme zu, indem ich die Hohlkugel, in der es sich befindet, mit der warmen Hand umschließe oder sie in warmes Wasser stelle. Hierbei nimmt das Quecksilber Wärme auf und dehnt sich aus, was ich daran feststellen kann, daß das Quecksilber in dem Glasröhrchen in die Höhe steigt. An dieser einfachen Vorrichtung kann ich alle

Nullpunkt der Thermometerskala als Minusgrade von — 1 ab weiter zählen. Bis zu Temperaturen von — 40 Grad reicht unser gewöhnliches Quecksilberthermometer aus; unter dieser Temperatur jedoch gefriert das Quecksilber und kann daher als Temperaturmesser für noch niedrigere Temperaturen nicht mehr benutzt werden. Daher benutzt man für solche Fälle ein Thermometer, das statt Quecksilber Alkohol enthält ein Stoff, der erst bei etwa — 110 Grad gefriert; und bis zu dieser Temperatur daher sehr gut als Wärmemesser dienen kann. Für Wärmegrade, die noch niedriger sind und bei denen auch der Alkohol gefriert, müssen dann sehr feine Reginstrumente hergestellt werden, die jedoch lediglich für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden. Ebenso reicht auch für die Messung hoher Temperaturen (von etwa 350 Grad an) das gewöhnliche Quecksilberthermometer nicht mehr aus, sondern muß durch andere Vorrichtungen ersetzt werden.

Zur Bestimmung glühendflüssiger Metalle beispielsweise benutzt man Legierungen (Mischungen verschiedener Metalle) von bekanntem Schmelzpunkt, die dem zu messenden flüssigen Metall zugelegt werden, und wenn sie hierbei selbst schmelzen, anzeigen, daß das betreffende Metall den bekannten Schmelzpunkt der zugelegten Legierung erreicht oder überschritten hat. Auf diese Weise können Temperaturen bis zu 1775 Grad gemessen werden. Das Verfahren ist jedoch ziemlich ungenau und überdies sehr kostspielig, da die verwendeten Legierungen immer aus Gold, Silber und Platin bestehen, daher sehr teuer sind. Deshalb verwendet man jetzt für praktische Zwecke, beispielsweise auch für die Messung der Temperaturen der geschmolzenen Metalle in den Gießereien, statt der Metalllegierungen mineralische Stoffe, die in Form einer Kugel dem flüssigen Metall zugelegt werden und durch ihr eigenes Schmelzen die Temperatur des Metalls angeben. Nach dem Erfinder dieser Regel, dem Professor S e g e r, werden sie Seger'sche Normalkegel genannt, die in der gesamten Gießerei für die Zwecke der Temperaturbestimmung der geschmolzenen Metallmassen, die von großer Wichtigkeit ist, eine sehr große Rolle spielen.

Betriebsrat und Arbeitszeit

Von Heinz Potthoff, München

Die Arbeitszeitverordnung, die als regelmäßige Arbeitszeit in fremden Betrieben grundsätzlich den Achtstundentag bzw. die 48-Stundenwoche wieder einführt, bestimmt im Schlußsatz des § 1, daß der an einzelnen Werktagen eingetretene Ausfall von Arbeitsstunden nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung an anderen Werktagen ausgeglichen werden kann. § 3 bestimmt, daß an 30 der Zahl des Arbeitgebers überlassenen Tagen im Jahre die Arbeiter nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung mit Mehrarbeit bis zu 2 Stunden beschäftigt werden dürfen. Bei gewissen Fällen dringlicher Arbeit kann nach § 4 die für den Gesamtbetrieb zulässige Dauer der Arbeitszeit nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung um 1 bis 2 Stunden überschritten werden. Soweit die Arbeitszeit nicht tariflich geregelt ist, kann eine vom Gesetze abweichende Arbeitszeit durch den Gewerbeaufsichtsbeamten nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung widerruflich zugelassen werden nach § 6.

Alle diese Bestimmungen, in denen eine gewisse Ausdehnung der Beschäftigung über das gesetzliche Regelmaß hinaus nach Anhörung der Betriebsvertretung für zulässig erklärt wird, sollen eine Einschränkung der gesetzlichen Rechte der Betriebsvertretung bedeuten. So steht es in der amtlichen Begründung zur Arbeitszeitverordnung und so haben alle Erklärer es übernommen. Als Beispiel dieser meiner Ansicht nach ganz falschen Auslegung sei auf die Ausgabe verwiesen, die Leipart im Auftrage des DGB herausgegeben hat. Da heißt es auf Seite 13 in der Erläuterung des letzten Satzes des § 1:

„Diese Bestimmung und alle ähnlichen in den folgenden Paragraphen, die dem Arbeitgeber das Recht zugestehen, nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung gewisse Maßnahmen zu treffen, bedeuten eine wesentliche Einschränkung der §§ 66 Abs. 3 und 78 Abs. 3 des BIRG. Die Begründung der Verordnung führt hierzu aus, daß es sich „aus wirtschaftlicher Rücksicht als notwendig erwiesen“ habe, auch „in das Verhältnis der Vertragsparteien zueinander regelnd eingzugreifen“. In den Fällen, in denen der Arbeitgeber auf Grund dieser Verordnung nach Anhörung der Betriebsvertretung gewisse Maßnahmen treffen kann, soll die im BIRG vorgezeichnete Anrufung des Schlichtungsausschusses durch die Betriebsvertretung nicht mehr Platz greifen. Die angezogenen Bestimmungen des BIRG weisen dem Betriebsrat (§ 66) und dem Arbeiter- bzw. Angehörtenrat (§ 78) die Aufgabe zu, bei Streitigkeiten, wenn durch Verhandlung keine Einigung zu erzielen ist, den Schlichtungsausschuss oder eine vereinbarte Schlichtungsstelle anzurufen. Diese Aufgabe und damit auch das Anrufungsrecht ist der gesetzlichen Betriebsvertretung in den in dieser Verordnung vorgezeichneten Fällen genommen, weil es, wie die Begründung sagt, in vielen Fällen „nicht möglich“ sei, eine förmliche Entscheidung herbeizuführen, bevor die Mehrarbeit in Angriff genommen werden muß.“

Leipart fügt hinzu, daß also eine Zustimmung der Betriebsvertretung zur Überarbeit nicht erforderlich sei, verlangt, daß die Betriebsvertretung trotzdem eine abweichende Meinung, ebenso sachlich wie energisch, vertritt und hofft, daß es selten vorkommen wird, daß ein Unternehmer dem Willen des Arbeitgebers trotz der Zwangsmaßnahmen nachzugeben vermag.“

Damit erkennt Leipart in Übereinstimmung mit den anderen Erklärern an, daß der Unternehmer das Recht hat, gegen den Wunsch der Betriebsvertretung Mehrarbeit einzuführen und daß die einzelnen Arbeiter verpflichtet sind, gegen ihren Wunsch eine über das vertraglich vereinbarte Maß hinausgehende Arbeit zu leisten. Beides hängt eng zusammen. Die Anordnungsbefugnis des Fabrikanten hat nur dann rechtliche Bedeutung, wenn die Arbeiter zur Befolgung verpflichtet sind; und die Anhörung der Betriebsvertretung ist nur dann ein Ersatz und eine Verschleppung der im BIRG vorgezeichneten Zustimmung (Verabbarung), wenn die Anhörung genügt, um durch Anordnung des Unternehmers eine Verpflichtung der Arbeiter herbeizuführen.

Diese Verpflichtung aber muß unbedingt abgelehnt werden. Selbst hat die Reichsregierung die Absicht gehabt, in die Vertragsverhältnisse einzugreifen und den Unternehmern insoweit zu setzen, unter gewissen Voraussetzungen seine Arbeiter zu Mehrarbeit zu nötigen. Aber das ist in der Verordnung nicht zum Ausdruck gekommen und von mir von Anfang an bestritten worden. Zugewiesen haben sich verschiedene Gerichte und Schriftsteller (namentlich auch Platow) meiner Auffassung angegeschlossen. Und heute, nach zweijähriger Geltung, nachdem fast alle bestehenden Arbeitsverträge unter der Geltung der Arbeitszeitverordnung abgeschlossen sind, kann kaum noch ein ernsthafter Streit darüber sein: Die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 ist genau wie die früheren Verordnungen ein Vollzeitsgesetz, dessen Inhalt sich in der Begründung der zulässigen Ausnützung jenseitiger Arbeitskraft ergibt. Der Unternehmer darf Arbeiter und Angestellte höchstens 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich regelmäßig beschäftigen. Unter gewissen Voraussetzungen erstreckt sich die Erlaubnis bis auf 10 Stunden täglich oder 60 Stunden wöchentlich. Der Arbeiter oder Angestellte über die erlaubte Zeit hinaus beschäftigt, wird bestraft. Das ist der ganze Inhalt aller Arbeitszeitgesetze; weiter geht nichts darin, von allem kein Wort von einer Beschäftigungs- oder Arbeitspflicht. Kein Unternehmer ist gezwungen, einen Arbeiter überhaupt zu beschäftigen, geschweige denn 8 oder 10 Stunden täglich. Kein Arbeiter ist durch dieses Gesetz gezwungen, eine Stelle anzunehmen und überhaupt zu arbeiten, geschweige denn 8 oder 10 Stunden. Sondern es ist dem Unternehmer anheim, ob er sein freies Willen. Und ob ein Arbeiter für ihn arbeitet, ist dessen freies Willen. Beide vereinbaren miteinander neben den anderen Bedingungen auch die Arbeitszeit. Und was sie vereinbaren, ist maßgebend.

Nach oben ist eine Grenze gesetzt. Mehr als 8 Stunden, in Ausnahmefällen 10 Stunden können sie nicht gültig vereinbaren, weil es verboten ist, und dürfen sie nicht vereinbaren, weil der Unternehmer sich strafbar macht. Aber nach unten sind sie völlig frei. Und kein Arbeiter ist zu einer Leistung im Dienste eines anderen verpflichtet, wenn er sich nicht durch Vertrag dazu verpflichtet hat. Natürlich kann diese Verpflichtung nicht nur durch ihn persönlich (Arbeitsvertrag), sondern auch durch seine Gewerkschaft (Tarifvertrag) oder durch die Betriebsvertretung (Arbeitsordnung) erfolgen. Natürlich erfordert die Auslegung des Vertrages nach Treu und Glauben, daß der Arbeiter in Notfällen auch einmal Überstunden macht. Das ändert nichts an dem heute überwiegend anerkannten Grundsatz, daß der Arbeiter nur zu der Arbeit verpflichtet ist, zu der er sich verpflichtet hat. Kein Gesetz ermächtigt den Unternehmer, vom Arbeiter mehr Arbeit zu verlangen, als er mit ihm vereinbart hat.

Damit erhalten die Ausnahmeregelungen der Arbeitszeitverordnung einen ganz anderen Sinn, als Leipart mit der amtlichen Begründung ihnen beilegt. Nach § 1 darf der Arbeitgeber ausgefallene Arbeitsstunden nachholen lassen; es ist nicht strafbar. Aber wenn er es will, so muß er seine Arbeiter dafür gewinnen, muß es mit ihnen vereinbaren. Von selbst sind sie nicht verpflichtet dazu. Gewiß kann unter Umständen eine Verpflichtung bestehen, etwa wenn durch ein Unglück der Betrieb ins Stocken geraten ist und durch die Verzögerung weiterer schwerer Nachteile droht. Aber umgekehrt sind auch Fälle möglich, wo das Nachholen müssen jedem Arbeiter gegen das Recht schiene: Wenn in eine Woche zwei Auspflanzungstage fallen, soll dann der Unternehmer die Arbeiter zwingen können, gegen ihren Willen zwei Wochen lang Überstunden zu machen, um den Ausfall wieder hereinzubringen? Nach § 3 darf der Unternehmer an 30 von ihm ausgemerkten Tagen im Jahre je 2 Überstunden machen lassen. Das Gesetz erlaubt es, aber es verpflichtet weder ihn noch einen einzigen seiner Arbeiter dazu. Wenn von der gesetzlichen Erlaubnis Gebrauch gemacht werden soll, müssen Unternehmer und Arbeiter sich darüber verständigen. Nach § 6 darf der Gewerbeaufsichtsbeamte Überstunden „zulassen“, das heißt sie für strafflos erklären. Er kann sie aber nicht „anordnen“, kann keinen Arbeiter nötigen, Überstunden zu machen.

Aus dieser Erkenntnis des wahren Charakters der Arbeitszeitverordnung ergibt sich ohne weiteres, daß auch die von der Reichsregierung gewünschte und von den Erklärern behauptete Einschränkung der Betriebsrat nicht vorliegt. Die Bestimmungen des BIRG bleiben unberührt. Das Mitwirkungsrecht der Betriebsvertretung bei der Regelung der Arbeitsbedingungen wird nicht gemindert, sondern es werden dem Betriebsrat neben den bisherigen noch neue Aufgaben übertragen. Wenn ein Gewerbeaufsichtsbeamter unter besonderen Umständen für einen Betrieb eine Überschreitung des Achtstundentages bewilligen will, so muß er vorher den Betriebsrat um seine Meinung fragen. Er braucht sich dessen Meinung nicht anschließen, kann auch gegen den Wunsch der Betriebsvertretung Überstunden für erlaubt erklären. Aber mehr auch nicht. Wenn der Unternehmer von der Erlaubnis Gebrauch machen will, so muß er entweder in Tarifvertrag, Arbeitsordnung oder Einzelarbeitsvertrag schon vorher vereinbart sein, daß die Arbeiter in solchen Fällen Überstunden machen werden. Oder es muß jetzt besonders vereinbart werden. In solcher Vereinbarung ist, wenn sie nicht auch jetzt allgemein durch Tarifvertrag erfolgt, die Betriebsvertretung berufen. Ohne Vereinbarung braucht niemand Überstunden zu machen.

Wenn der Fabrikant an 30 Tagen Überstunden wünscht, so muß er den Betriebsrat anhören, damit er strafflos bleibt. Aber wenn er nach Anhörung der Betriebsvertretung gegen deren Wunsch die Überstunden vorsetzt, dann erschöpft sich die Wirkung der Anhörung in der Strafflosigkeit. Kein Arbeiter wird dadurch verpflichtet, Überstunden zu leisten, sondern wenn der Wunsch des Unternehmers nach Überstunden verwirklicht werden soll, so bedarf es eines Vertrages mit den bestehenden Arbeitern oder mit der Betriebsvertretung (Betriebsvereinbarung) oder mit der Gewerkschaft (Tarifvertrag). Natürlich kann diese Vereinbarung schon im Voraus getroffen und in einer der drei genannten Formen vereinbart sein, daß in jedem Kalenderjahre an bestimmten Tagen, die der Unternehmer nach Anhörung des Betriebsrates auswählt, bis zu 30 Überstunden gemacht werden.

Dasselbe gilt grundsätzlich auch von der Umlegung ausgefallener Arbeitsstunden auf andere Tage. Auch hier bedarf es der Anhörung der Betriebsvertretung, um die Überarbeit strafflos, oder einer Vereinbarung mit den Arbeitern, um sie zu deren Pflicht zu machen. Nur wird hier praktisch sehr häufig der Fall so liegen, daß die Umlegung schon nach Treu und Glauben von den Arbeitern nicht verweigert werden kann, oder daß sie in das Vertragsrecht der Fabrikanten fällt. Aber der Grundsatz gilt auch hier: Es besteht keine gesetzliche Arbeitspflicht der Arbeiter, sondern sie haben nur das zu leisten, was sie in einem Vertrage versprochen haben. Das gesetzliche Recht des Fabrikanten ist der Achtstundentag (der durch Tarifvertrag zum Festhaltenzwecke gebietet werden kann). Befehle und Unternehmern können Ausnahmen machen, die strafflos sind, wenn die Betriebsvertretung angehört worden ist. Aber diese Anhörung genügt nicht, um Arbeiter gegen den eigenen Willen und über den Vertrag hinaus zu Mehrarbeit zu verpflichten.

Schweige nicht Worte mit fliegender Felle.
Järende Worte sind errennende Felle.
Ist die Raue der Seele so schnell.
Schwarz ist's, zu heilen, doch leicht zu verwunden.

Wieland.

Eine ungünstige „Betriebsratsführung“

(Nachdruck verboten.)

Das Betriebsrätegesetz ist in einer Zeit schwerer politischer und wirtschaftlicher Kämpfe entstanden. Zahlreiche neue Rechtegedanken haben eine schnelle Wiedergabe und Formung zu gesetzgeberischem Werte verlangt. Infolge des Mangels an juristischer Feinarbeit ist nicht immer zu ersehen, ob es sich um Maß- oder Ordnungsvorschriften handelt. In der mitgeteilten grundsätzlichen Reichsgerichtsentcheidung ist daher die Auslegung der Frage bedeutungsvoll, ob die formlose Anhörung des Betriebsrates durch den Arbeitgeber und die Zustimmung zu einer Entlassung von Betriebsratsmitgliedern als eine gesetzliche Zustimmung zu gelten habe.

Der Vorsteher der Güterabfertigungsstelle der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Schwerin hatte am 7. Januar 1924 drei Mitglieder des Betriebsrates — darunter zwei stellvertretende — in sein Büro gerufen und ihnen nahegelegt, daß auf Grund der Personalabbauverordnung die Güterbodenarbeiter B. und C. in Schwerin entlassen werden müßten, er jedoch hierzu die Zustimmung des Betriebsrates bedürfe, weil diese beiden ordentliche Betriebsratsmitglieder seien. Die drei so befragten Betriebsratsmitglieder, die die Mehrheit bildeten, sollen der Entlassung der beiden Nichtanwesenden zugestimmt haben. Am 18. Januar 1924 verweigerte jedoch der Betriebsrat seine Genehmigung zu dieser Entlassung, die aber trotzdem am 19. Januar erfolgte. Die entlassenen Güterbodenarbeiter haben Klage auf Fortzahlung des Gehalts für den nächsten Monat erhoben und sind damit auch durchgedungen, während die Beklagte behauptet, daß der Betriebsrat am 7. Januar 1924 seine Zustimmung zu der Entlassung erteilt habe. Das Landgericht Schwerin und das Oberlandesgericht Mecklenburg haben die Reichsbahngesellschaft zur Zahlung verurteilt. Ebenso hat jetzt das Reichsgericht entschieden und ausgeführt: Nach § 96 Abs. 1 BIRG bedarf der Arbeitgeber zur Kündigung von Mitgliedern des Betriebsrates dessen Zustimmung. Zwar ist in dem Gesetz nicht gesagt, in welcher Form die Zustimmung zu erfolgen hat. Es ist jedoch grundsätzlich auf die allgemeine Vorschriften der §§ 29 bis 33 BIRG zurückzugreifen. Das dort vorgeschriebene Verfahren ist hinsichtlich der Verhandlung vom 7. Januar 1924, auf die sich die Beklagte beruft, unstreitig nicht beobachtet worden. Eine Verhandlung durch den Vorstehen des Betriebsrates unter Mitteleitung des Beratungsausschusses hat nicht stattgefunden. Ebenso wenig ist ein Protokoll aufgenommen worden. Zudem hatte der Dienststellenvorsteher in der Person des Arbeitgebers weder ein Recht zur Einberufung einer Betriebsraterversammlung, noch dürfte er sie leiten, wie es tatsächlich geschehen ist. Selbst wenn die drei Betriebsratsmitglieder damals mit der Entlassung der Kläger einverstanden gewesen wären, so würde doch ein gültiger Beschluß nicht vorliegen. Denn dieser setzt voraus, daß er in einer wirklichen Betriebsratsitzung zustande gekommen ist, in der die Beteiligten das Bewußtsein haben, in ihrer amtlichen Eigenschaft als Betriebsratsmitglieder tätig zu sein.

R. M. A.

Organisiert die Arbeiterinnen!

Das Internationale Gewerkschaftliche Arbeiterinnenkomitee wendet sich an die organisierte Arbeiterin mit dem dringenden Ersuchen, mehr dafür zu wirken, daß die im Erwerbsleben stehenden Frauen der gewerkschaftlichen Organisation zugeführt werden.

In allen industriell entwickelten Ländern bilden die Frauen einen erheblichen Teil der Arbeiterin. Überwiegend unorganisiert, bilden sie eine ständige Gefahr für die Arbeitsbedingungen. Die industrielle Entwicklung erleichtert den Unternehmern das Betreiben, Frauen zu immer mehr Arbeitsverrichtungen heranzuziehen. Das Unternehmertum wird sich, wie die Erfahrungen beweisen, die sich bietende Gelegenheit nicht entgehen lassen, aus den Reihen der unorganisierten Frauen Arbeitskräfte zu gewinnen, die gegen die Hebung der Lage der Arbeiterklasse gerichteten Bestrebungen förderlich sind.

Die organisierten Arbeiter betrachten die Organisation ihrer männlichen Kollegen als ihre ständige Pflicht. Ein Teil dieser Arbeiterin ist es jedoch nicht für nötig, das gleiche für die Frauen zu tun, die sie recht oft nicht als ihre Kolleginnen, sondern als Fremdkörper im Wirtschaftslieben betrachten. Durch diese falsche Auffassung wird verhindert, daß schon die Familie bei den Mädchen die Erkenntnis der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation werden kann. Was die Familie bei den Arbeiterinnen verjagt, wird auch in ähnlicher Weise auf den Arbeitsplätzen vernachlässigt. Für die mangelhafte Organisation der Arbeiterinnen sind deren Kollegen mit verantwortlich, und diese sind mit daran schuld, wenn die Arbeiterinnen der Gewerkschaftsarbeit im Wege stehen. Die Arbeiterinnen sind allerdings schwerer als die Arbeiter für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen; sie sind aber, wie die Erfahrung in allen Industrie-ländern zeigt, immerhin zu gewinnen.

Überall besteht bereits ein Kern überzeugter weiblicher Gewerkschaftsmitglieder. Diese Tatsache berechtigt zur Annahme, daß auch die übrigen Arbeiterinnen für die Gewerkschaften zu gewinnen sind, wenn sich alle verfügbaren Kräfte für die Gewinnung der weiblichen Arbeitskräfte einsetzen. Noch empfinden in keinem Lande die Arbeitsbedingungen der Frauen dem Werte und der Bedeutung ihrer Arbeit, noch sind die Arbeiterinnen unbewußt und oftmals gegen ihren Willen Lohnrücker. Dies wird sich ändern, wenn die Arbeiterinnen mehr als bisher in der Gewerkschaftsbewegung tätig sind. Diesem Ziel sollen diese Zeilen dienen.

Die Wohnungsnot dauert fort. Trotzdem die Bautätigkeit in diesem Jahre reger war als in den Jahren zuvor, dauert die Wohnungsnot fort. In Berlin sind im letzten Jahre 10 000 neue Wohnungen entstanden, auf der anderen Seite wird aber ein Zugzug von 16 000 Familien gemeldet, so daß die Wohnungsnot in Berlin durch die Neubautätigkeit nicht gemildert, sondern noch verschärft wurde.

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß die Formen bei Maschinen, die zur Erzielung der Festigkeit nötig sind, sich nach Gesetzen regeln, die Formen aus der Natur ergeben, so zum Beispiel Ständer von Bohrmaschinen erinnern an die Formen der Bäume usw. Wenn wir mit offenen Augen den menschlichen Körper betrachten und außerdem uns in der Natur umsehen, werden wir immer Vorbilder finden, die bei der Maschine Nachahmung gefunden haben.

Noch nicht genug damit, man hat auch die menschlichen Sinne bzw. deren Wirkungen an Maschinen nachahmen versucht und hat hierbei Erstaunliches erzielt. So zum Beispiel das Gefühl, besonders für Wärme. Hier wird der menschliche Sinn durch das Thermometer ersetzt, und in Verbindung mit einem Stromkreis kann mittels dieses „Gefühlsmessers“ eine Leistung erzielt werden, die der Mensch mit seinem Gefühl zu erzielen imstande ist, wie eine Fernmeldeanlage für Rastertemperaturen. Ebenso konnte die Wirkung der Schallwellen für Maschinen bezw. Apparate verwendet werden; selbst die Wirkungen der Lichtstrahlen kann man mittels geeigneter Vorrichtungen — Selenzelle — erschaffen. Bei einem Sinn, dem Geruch, haben allerdings alle Mittel insofern versagt, als die Wirkung nicht in unmittelbarem Sinne übertragen wird, so zum Beispiel wenn Salzdämpfe auf Salsäuredämpfe treffen, zeigt sich dies durch starke Rauchentwicklung.

Es ist aber konnte noch von keiner Maschine erreicht werden, und sei sie noch so feinreich zusammengesetzt, und sei ihre Wirkung noch so überaus, das menschliche Denken. Die Maschine wird immer tot bleiben, das heißt eine selbständige Handlung wird man von ihr nie verlangen können. Wohl konnte man erreichen, daß zum Beispiel bei Federbruch an einem Bauteil dieser selbstständig auslöst, daß bei Leerlauf an einem Bauteil dieser durch ein Vorwerk angezogen wird; aber alle diese Vorgänge sind vollkommen mechanischer Natur, so daß von einer selbständigen Handlung nicht gesprochen werden kann. Alle Strommaschinen, selbst die feinsten Rechenmaschinen für Rechenrechnungen, die falsche Ergebnisse durch Glorzeichen melden, sind nicht fähig, selbständig zu arbeiten, trotz ihrer feinsten Ausführung mit elektrischem Antrieb und trotz genauerer Arbeit. Eins fehlt immer noch: die Seele.

Was ist eigentlich eine Maschine?

Von Oberingenieur H. S. J. u. a., Konstantinopel

Die Frage läßt sich zwar in ganz kurzen Worten beantworten, dennoch ist es nicht unwichtig, einmal die Grundgedanken der Maschine von Anfang an zu verstehen. Die einfachste Voraussetzung würde ein Kasten: Eine Maschine ist die Organisierung der menschlichen Teile, mittels welcher menschliche Fähigkeiten, besonders solche der Hand, aber auch anderer Körperteile nachgeahmt werden sollen. Die Kraft zur entsprechenden Bewegung der Teile wird der Maschine aus verschiedenen Wege zugeführt.

Am Grund dieser Definition läßt sich schon feststellen, daß die einfachste Möglichkeit nicht vollkommen ist, das heißt nicht vollkommen im Sinne technischer Arbeit, sondern daß sie mit allen Fehlern von Nachahmung nach menschlichen Fähigkeiten besetzt ist. Nicht vernachlässigt werden darf hierbei, daß die erzielte Arbeit wiederum vernachlässigt sein kann, als die von Menschenhand, daß aber eben die Fähigkeit, diese Arbeit zu erzielen, immer wieder der Leistung dienender Maschinen fehlt, und sei dies die Arbeit des besten Instrumentes.

Für denjenigen nun einmal die Maschine von ihren Ursprüngen an und begreifen dabei die wesentlichen Körperteile, die der Maschine zum Betrieb dienen.

Das älteste Handwerkzeug des Menschen waren seine Hände. Er bediente sich seiner Hände seiner Kräfte, um die verschiedensten Aufgaben zu lösen. Diese Hände waren die ersten Werkzeuge, die er sich selbst anfertigte. Die Hände waren die ersten Werkzeuge, die er sich selbst anfertigte. Die Hände waren die ersten Werkzeuge, die er sich selbst anfertigte.

Wird werden die Hände die Form der Hände nachahmen, je höher sich die Hände aus Stein, später aus Metall und schließlich die Werkzeuge der ersten Entwicklung aus Holz oder aus Metall. Die Hände waren die ersten Werkzeuge, die er sich selbst anfertigte. Die Hände waren die ersten Werkzeuge, die er sich selbst anfertigte.

doch noch immer waren die so geschaffenen Werkzeuge reine Handwerkzeuge. Es ist uns natürlich heute unverständlich, daß man nicht sehr bald zu der Erkenntnis kam, die Werkzeuge maschinenmäßig zu fertigen, das heißt sie unabhängig von der Hand zu machen, ebenso zweckmäßig, wie die frühe Erkenntnis des Feuers. Und doch müssen wir heute wissen, wenn wir in Kisten die Werkzeuge sehen, die sich unserer Aufmerksamkeit mit den zur Verfügung stehenden einfachen Mitteln geschaffen haben und wenn wir die Erzeugnisse kennen lernen, die sie mit diesen einfachen Werkzeugen hergestellt in der Lage waren. Man kann wohl heute sagen, daß die menschlichen Hände das Vorbild für alle heutigen Maschinen sind, die dazu dienen, eine Erzeugung von Material, sei es zu irgendwelchem Zweck, zu erzielen. Wenn auch die Form der heutigen Werkzeuge nicht genau der der Hände entspricht, so zeigen sie doch größtenteils immer die Grundform. Abweichungen von dieser ergeben sich aus der Anpassung an Material und Zweck. Als den Jahren später dieses Werkzeug kennen wir den Meißel, ihn folgen die Reiser und dem die Werkzeuge für Drehbänke und Hobelmaschinen. Die Art der Arbeit, die in ihrer ursprünglichsten Form durch das Bewegen des Werkzeuges erzielt wurde, wurde auch den Werkzeu-zeugen angepaßt werden und wird heute in den meisten Fällen dadurch erzielt, daß das Material gegen das Werkzeug bewegt wird, während das Werkzeug in Ruhe ist.

Es wäre dies die Form der Werkzeuge. Versuchen wir nun den Aufbau der Maschine weiter, so finden wir, daß eine große Anzahl wesentlicher Glieder nachgeahmt wurde, so als wichtiger und wichtigster Bauelement die Spannarbeitungen, zu denen die Finger und die Hand des Menschen waren. Anstatt nun neuen Spannarbeit bis zum letzten Glieder an Automaten finden wir immer wieder den Grundgedanken, der uns im täglichen Leben bei dem Schneiden mittels der Finger der Augen kommt. Die Spannarbeit, in dem einen Fall die Finger, im anderen die Spannarbeit, werden durch eine Kraft — Muskel oder Schwerkraft — zusammengezogen und halten das Werkstück fest. Auch für die Übertragungsmittel finden wir Vergleiche. Seile, Ketten und Nerven finden ihre Vorbilder in den menschlichen Sehnen, Gelenk in den Armen und Beinen. Selbst die Formen des menschlichen Körpers mußten beschaffen, um bei Maschinen nachgeahmt zu werden.

Verbilligung mit Worten — Verteuerung durch die Tat

Mit Eifer verkündet die bürgerliche Presse, daß kurz vor Weihnachten noch einmal die Reichsregierung mit den Vertretern der Landesregierungen und der Preisprüfstellen eine der regelmäßigen Aussprachen über die Durchführung des Preisabbaus abgehalten hat. Dabei wurde die Notwendigkeit, die Aktion weiterzuführen und alle Bemühungen zu befestigen, die sich dem Abbau der Preise entgegenstellen, von allen Beteiligten einhellig anerkannt. Auch haben sowohl die Länder als auch die Preisprüfstellen hierfür der Reichsregierung „nachdrücklichste Unterstützung“ zugesagt.

Also das ist doch geradezu rührend. Da sieht man doch, mit welcher unablässigen Eifer die Regierung nebst allen möglichen Behörden sozusagen Tag und Nacht auf der Lauer liegt, um die Feuerung beim Schlawitzchen zu kriegen und zu erwürgen. „Regelmäßig“ werden solche Aussprachen abgehalten; „nachdrücklichste Unterstützung“ wird zugesagt; „einheitliche Anerkennung“ ausgesprochen. Mehr kann man doch wirklich nicht verlangen. Da muß doch der brave deutsche Untertan einsehen, daß er unter der Obhut einer so eifrigen Regierung ruhig schlafen kann.

Da man aber trotz alledem, und sogar trotz der gegenteiligen Versicherung des amtlichen Indez, die Preise ruhig weiter steigen, so mag es vorkommen, daß die und da ein Familienvater in der Sorge, woher das Brot nehmen für seine Kinder, dennoch keinen Schlummer findet. Und solche wider Willen wach gehaltenen Augen erblicken gerade jetzt ein seltsames Schauspiel, das es vielleicht zum Teil mit erklärt, warum zur selben Zeit die bürgerliche Presse mit so viel Eifer die Sorgfalt der Regierung preist.

Wenn ich soeben sagte, daß die Preise ruhig weiter steigen, so war das nicht ganz richtig. Auf einem Gebiet — einem einzigen — ist seit Beginn der Regierungsaktion (August d. V.) wirklich eine Ermäßigung der Preise eingetreten. Nämlich bei den Produkten der Landwirtschaft. Namentlich das wichtigste Brotgetreide Deutschlands, der Roggen, hat von August bis Mitte November eine nicht unerhebliche Preisentwertung erfahren. In Berlin zum Beispiel kosteten im Großhandel 1000 Kilogramm märkischen Roggens:

am 2. August 1925	193 M.	am 8. Oktober 1925	147 M.
5. September 1925	171	14. November 1925	137

Also doch ein Erfolg. Und noch dazu auf dem so ungeheuer wichtigen Gebiet der Nahrungsmittel. Freilich wird sich kein Vernünftiger einbilden, daß diese Verbilligung eine Frucht der Regierungsmaßnahmen gewesen sei. Sie war vielmehr ganz offenbar eine Wirkung der außergewöhnlich reichlichen Ernte dieses Herbstes. Betrag doch die Roggenenernte der Welt, nach den Angaben des Internationalen Landwirtschaftsinstituts in Rom, in 25 Ländern Europas und Amerikas:

1909/13	1923	1924	1925
256	227	181	150 Millionen dz.

Rechnet man Sowjetrußland hinzu (aus dem für 1923 keine Angaben vorliegen), so stieg die Welternte von 357 Millionen Doppelzentner 1924 auf 458 Millionen Doppelzentner 1925. Da ist es kein Wunder, daß das auch in den Preisen zum Ausdruck kam, und so leid es uns tut, können wir doch der deutschen Regierung kein Verdienst an dieser Preisentwertung zusprechen. Sie wäre auch ohne Herrn Luthers Ankündigung und ohne seinen heroischen Kampf gegen die „Freibleibend“-Kaufel gekommen.

Aber wie dem auch sei, jedenfalls sollte man meinen, die Regierung könne sich über diese Entwicklung der Dinge nur freuen, die ihren Feldzug gegen die Wäckerläden so wirksam unterstützt. Statt dessen —

Schon Ende August, sowie die Kornpreise eine entschiedene Bewegung nach unten begannen, erlaubte sich der Oberagrарar Graf Kaldereuth, Präsident des Landbundes, an die Regierung die Zumutung zu stellen, sie möge durch beschleunigte Schaffung von Einfuhrzögen das weitere Sinken der Kornpreise verhindern. Welche eine Dreistigkeit dazu gehörte, ermißt man an der Tatsache, daß der Brief des Herrn Grafen just einen Tag nach Veröffentlichung jener Beschlüsse geschrieben wurde, die die Regierung zum Zweck der Preisentwertung gefaßt hatte! Und was geschah? Mit einer affenartigen Beschwingenheit bewilligte die Regierung, dem Gebot des Grafen nachzukommen. Schon am 4. September wurde die Verordnung verkündet, welche die Einfuhrzölle zum 1. Oktober in Kraft setzte. Aber sie half den Herren Kapitalisten, die vom Schweiß der Landarbeiter leben, nur bei Weizen, von dem Deutschland eine Einfuhr aus dem Auslande braucht. Dort allerdings kräftig. Die Weizenpreise waren (für märkischen Weizen in Berlin) von 247 M für 1000 Kilogramm Anfang August bis auf 203 M Anfang Oktober gefallen. Sowie die Einfuhrzölle in Kraft traten, stiegen sie wieder, erreichten Ende Oktober 216 M, Ende November 242 M und standen am 5. Dezember

Und gerade diese Erkenntnis mühte uns, die wir die Maschine in gewissem Sinne als unseren Feind betrachten, ein Gefühl der Überlegenheit gegen: die Maschine ist nicht unsere Beherrscherin, sondern unsere Dienerin. Denn eins darf nicht verkannt werden: wohl ist es dem Menschen möglich, alle Vorrichtungen, die eine Maschine ausführt, selbst mit der Hand auszuführen. Es handelt sich nur hierbei um die aufgewendete Zeit und um die Sauberkeit der Arbeit; denn es ist natürlich, daß eine Welle auf der Drehbank vollkommener ausfällt, als wenn sie von Hand bearbeitet würde, wohlverstanden, möglich ist auch dies. Aber nicht möglich ist, daß eine Maschine ohne die Leitung des denkenden Menschen eine Arbeit ausführt und sei sie noch so gering. Selbst bei den feinsten Automaten ist es erforderlich, daß die Anschläge eingesteilt, die Stähle erneuert werden und in richtiger Arbeitslage stehen, und dies kann nur von Menschenhand erfolgen.

Durch obige Betrachtungen kommen wir nun zu dem Zweck der Maschine. Etwas wird erstrebt, mittels der Maschine eine Arbeit zu erzielen, die mittels Menschenhand wohl auch zu erzielen wäre, aber in weit größerer Zeit, also der Grundgedanke bei der Konstruktion einer Maschine ist: Zeit sparen.

Aber ein weiterer Zweck wird mit der Maschine zu erreichen versucht: sie soll auch Kraft sparen, und unter diesem Gesichtspunkt steht sie uns nicht als Feind gegenüber. Sie soll die Gesundheit des Arbeiters schonen. Nehmen wir als Beispiel einen schweren Dampfhammer an. Wohl könnte das Schmiebedeisel auch von Menschenhand bearbeitet werden, aber welche Unsumme von Kräften würde dies erfordern, und wie spielend bewältigt dies der Dampfhammer. Ein dritter Zweck ist darin zu suchen, daß die Maschine ermöglicht, die Werkstücke von Abmessungen zu erzeugen, die für den Menschen nicht zu bewältigen sind. Da derartige Werkstücke heutigen Tages erforderlich sind, so müssen wir uns die Mitarbeit der Maschine wohl gefallen lassen. Das oben Gesagte bezieht sich nun nicht allein auf Werkzeugmaschinen, sondern auf alle Maschinen, die wir heute kennen, seien es Transporteinrichtungen, Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie und andere. Bei allen finden wir das gleiche: Mit uns als Lebewesen, ohne uns nichts.

auf 252 M, also höher als im August. Aber die Roggenpreise stiegen weiter, wie oben gezeigt wurde.

Und wieder winkten die Herren Agrarier mit dem Finger. Diesmal war es der Freiherr v. Wangenheim, von dem Mitte November der „Gedanke“ bekannt wurde, von der Regierung Geld zu verlangen, um die sinkenden Roggenpreise wieder in die Höhe zu treiben. Am 13. November berichteten die Zeitungen zum erstenmal davon. Wie es dann weiter kam, wissen die Leser aus den Tagesblättern. Schon am 28. November war der Gesetzentwurf fertig, so daß ihn das Reichsbüro ankündigen konnte; am 1. Dezember wurde er veröffentlicht. Danach sollen aus den Mitteln des Reichs 35 Millionen Mark aufgewendet werden, um Getreide — gemeint ist Roggen — aufzukaufen und zurückzuführen, damit die Landwirte für den Rest höhere Preise durchsetzen können! Bis zu 200 000 Tonnen sollen auf diese Weise „aus dem Markt genommen“ werden! Das sind die echten Methoden der Kornwucherer, die schon im Mittelalter das Volk bis aufs Blut gepeinigt und zur äußersten Not aufgestachelt haben. Nur war man damals noch nicht auf die Idee verfallen, daß die Ausgeplünderten ihr eigenes Geld hergeben müßten, um den Wucher zu finanzieren.

Auf die Begründung dieses echt kapitalistischen Gesetzentwurfs einzugehen, lohnt nicht der Mühe. Der demokratische Teil der bürgerlichen Presse ist — mit Worten — dagegen, und so mag angeführt werden, daß die Behauptung der Regierung, der deutsche Roggen sei Ende November um 20 M pro Tonne billiger gewesen als der Weltmarktpreis, von der „Frankfurter Zeitung“ am 28. November als unwarhaft bezeichnet worden ist, und daß das Gesetzentwurf von der Sorge um die nächste Ernte, zu deren Vorbereitung „die Landwirtschaft“ Geld haben müsse, damit wir nicht nächstes Jahr alle verhungern, vom „Berliner Börsenkurier“ (am 1. Dezember) kurz und bündig wie folgt widerlegt wird: Die kleinen Landwirte haben ihren Roggen längst verkauft, das Geld wird also nur den großen Agrariern zufließen, den Großgrundbesitzern in den östlichen Provinzen, und die werden es ganz sicher zur Verzinsung ihrer unmittelbar dringenden Schulden benutzen, aber nicht zum Ankauf von Dünger usw. für die nächste Ernte. Man sieht, die „Gründe“ der Regierung sind an den Haaren herbeigezerrt und wahrscheinlich gar nicht ernst gemeint. Wrig bleibt nur, daß sie zur Verbilligung des Lebensunterhalts stets sehr freigebig ist mit Worten, daß sie dagegen für die Verteuerung sofort kräftig mit Taten einpringt. Hat ja doch die bloße Ankündigung des Gesetzes genügt, um den Roggenpreis (in Berlin) in der kurzen Zeit vom 14. November bis 5. Dezember wieder von 137 auf 159 M in die Höhe zu jagen.

Im übrigen darf man sich nicht einbilden, daß der — fragwürdige — „Widerstand“ der Demokraten irgend etwas nützen wird. Sie waren ja auch gegen die Zölle, gegen die Einfuhrzölle, gegen den Abbruch der Handelsbeziehungen mit Spanien, mit Polen usw. Am 10. Dezember ist das Gesetz bereits vom Reichstag gutgeheißen worden. Dem Reichstag wird es wohl bald zugehen. Dem deutschen Arbeiter steht eine abermalige Brotverteuerung in Aussicht.

Notarbeitsgemeinschaften zwecks Lohnrückerei

Die jetzige Wirtschaftskrise ist in hohem Maße eine Absatzkrise, hervorgerufen durch Konsumtenmangel, das heißt durch Ausplünderung zahlreicher Verbraucherkräften und Niedrighaltung des Einkommens der Arbeiterschaft. Um die Krise zu mildern, müßten jedoch die ausgeplünderten und schlecht entlohnten Verbraucher kräftig gemacht werden durch Besserung ihres Einkommens. Unsere Wirtschaftsführer, welche, wie sie bekanntlich sind, sind indessen auf den entgegengegesetzten Weg verfallen. Ein weiterer Schritt solch wirtschaftlicher Verdröhnung ist der Reichstagsabgeordnete und Syndikus der Bochumer Handelskammer, Dr. Hugo. In einer Sitzung dieser Kammer sagte er: „Mit Entlohnungen und Kurzarbeit läßt sich die Wirtschaftskrise nicht überwinden, sondern dadurch wird sie von Tag zu Tag gefährlicher. Es muß die Notwehr der in ihrem Dasein bedrohten Arbeiter sein. Es muß unbedingte und ohne Rücksicht auf politische Vorurteile den mittleren und kleineren Unternehmern die Möglichkeit gegeben werden, mit ihren Arbeitern und Angestellten eine Notarbeitsgemeinschaft unter Ausschaltung des Tarifzwanges dort zu schaffen, wo die Waren verbilligt werden müssen, um veräußert zu werden.“

Fallen wir uns den Sinn der Worte Mar vor Augen: Der Tarifzwang soll beseitigt werden. Was dies heißt, das wird jedem klar, der die ungleiche Verteilung der Kräfte in einer Krise wie der jetzigen überblickt. Die Unternehmer würden, wo ihnen dies möglich, die Löhne mindern, wohl wissend, daß die Arbeiter und Angestellten in den heutigen Verhältnissen nur schwer in der Lage sind, das Verlorene wieder zurückzuerlangen. Die Waren sollen verbilligt werden! Wie soll dies vor sich gehen? Nehmen wir einmal die Rohstoffgewinnung, die Herr Hugo mit im Auge gehabt haben

Ein Gang durch die Kruppwerke

In den langen, luftvollen Hallen der Kruppwerke arbeiteten 1912 60 000 Menschen. In den Dörsenjahren des Weltkrieges stieg diese Zahl auf 100 000. Heute sind es knapp, ganz knapp 25 000 Menschen, die die Werke beschäftigen. Die Firma Krupp steht also im Zeichen eines raschen Niederganges.

Ich bin schon einmal um den ganzen Werkkomplex herumgewandert. Außerlich ist dieser Niedergang und der beginnende Verfall kaum zu sehen. Einige Schornsteine rauchen nicht mehr. Verschiedene Tore sind zugemauert oder doppelt verschlossen. Auch die großen Dampfhammer fallen ihre Schläge nicht mehr donnend über die Mauer. Aber diese Mauer ist so hoch und fest wie früher. Alles kann sich hinter ihr verbergen.

Als ich den zweiten Rundgang beginne, stoße ich auf einen Sorarbeiter. Er ist einer der Glücklichen, den die Werke noch behalten haben. — „Aber wie lange?“, jagt er pessimistisch, und dann erzählt er mir von dem inneren Verfall der Fabrik. Ich möchte ihn sehen. Mit der Mittagsschicht treten wir durch eines der Tore in die Werke hinein.

Schon die kleinen Schienen, auf denen die winzigen Betriebs-eisenbahnen durch das Werk dämpfen, zeigen von Verfall. Überall wächst Gras, lagert Abfall, sind die Seile aufgerissen. Das Bahnmateriale selber steht verrostet und zusammengeschoben in einer Ecke.

Ich gehe weiter und betrete eine der gewaltigen Hallen. Hier standen früher die kleinen Schmelzöfen. Die meisten sind abgebrochen. Rechts ragt noch ein übrig gebliebener Kessel in die Höhe. Die Feuerkraft fehlt. Die Umkleidung liegt auf dem lehmigen Boden. Grauenhaft — wie ein Dörsenloch — sieht die ganze Halle aus.

In der Überdachung, unter der die Eisenhammer stehen, ist mehr Leben. Glühende Blöde werden von den Kranen zu den Hämmeren gezogen, und die mächtigen Hämmer schlagen sie viertelartig. Aber es sind nur die kleineren Hämmer, die auf das Eisen dröhnen. Die Riesen, die immer die halbe Welt mit ihrer Schlagkraft und Gewaltigkeit in Stannen setzen, stehen tot und kalt da.

dürfte. Dort beträgt der Anteil des Arbeitslohnes 8 bis 10 v. H. des Verkaufspreises. Um wieviel sollte hier der Arbeitslohn gesenkt werden, damit die Rohstoffabnehmer mehr Ware bestellen? Ähnlich wird es auch noch in anderen Gewerben sein.

Dann aber eine solche Zumutung überhaupt! Soll wirklich die Verminderung des Arbeitslohnes die einzige Möglichkeit bilden, die Wirtschaftskrise zu überwinden? Wir vertreten demgegenüber die Meinung, daß die deutsche Wirtschaftskrise in der Hauptsache eine Absatzkrise ist, daß also die Waren wegen Fehlens eines Absatzmarktes unverkäuflich sind und mit gebieterischer Notwendigkeit ein Markt geschaffen werden muß. Dieser dürfte nur zu schaffen sein, indem die große Masse der deutschen Bevölkerung wieder kaufkräftig, in ihrem Einkommen so gesteigert wird, daß sie über den heutigen Bedarf hinaus Waren aufnehmen vermag. Also gerade umgekehrt wird ein Schuh draus.

12000 M. für eine halbe Stunde

Aber die Löhnung einzelner Arbeitergruppen zerbricht man sich den Kopf, obwohl sie im Vergleich der Löhne der Wirtschaftskrise der Friedenszeit kaum erreichen. Daß es aber Leute gibt, die Kriegerverdienste ohne große Anstrengung erzielen, wird in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Die Gerichts-, Notar- und Rechtsanwaltsgebühren erreichen teilweise eine Höhe, wie man sie in einem verarmten Lande nicht für möglich halten sollte. Eine Firma berichtet über ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete in den Wirtschaftlichen Nachrichten vom Rhein und Ruhr. Wir entnehmen daraus folgendes:

Protokollierung einer Generalversammlung, Dauer eine halbe Stunde	12 000 M.
Protokollierung einer Generalversammlung, Dauer eine Viertelstunde	2 400 „
Kapitalerhöhung eines A.-G. in Höhe von 1 Million Mark	20 000 „
Anmeldung einer Kommanditgesellschaft (2 Anwälte je 68 M.)	136 „
Annahme eines Vertrages; Dauer 15 Minuten	800 „
Teilnahme an einer Generalversammlung; außer den direkten Kosten	2 000 „
Für einen Prozeß (gesetzliches Anwalts Honorar)	20 000 „
Dazu ein Extrahonorar, obwohl der Prozeß verloren ging	30 000 „

Das sind einzelne Beispiele, die, wie die Schriftleitung der Wirtschaftlichen Nachrichten hinzufügt, durchaus nicht vereinzelt dastehen. Es ist gewiß jedem das Seine zu gönnen; auch sind wir der Meinung, daß Rechtsanwälte und Notare ausreichend bezahlt werden müssen. Derartige Forderungen gehen aber über die Gutschnur und müssen als ein Elend bezeichnet werden, solange die Einkünfte von Millionen um die Hungergrenze schwanken.

Erhöhung des Stammkapitals der Bauhütten. In der Gesellschaft des Verbandes sozialer Baubetriebe wurde die Erhöhung des Stammkapitals um 1 540 000 auf 2 200 000 M. beschlossen. Außerdem fanden Änderungen des Gesellschaftsvertrages statt. Somit erhält die Bauhüttenbewegung eine größere geldliche Stütze. Wie die Sozialen Baubetriebe gegen eine Welt von Feinden sich zu wehren haben, davon legt die vorliegende Nr. 22 der „Sozialen Bauwirtschaft“ bezeugendes Zeugnis ab.

Sie haben nur höhnisch gelacht

Sie sehten den qualmenden Schornstein zur Ruh
Und schloßen das Tor ihrer Werkstätte dann zu,
Die lachten und anständig Leute.
Wir stehen jetzt draußen vor'm eisernen Tor
Und leihen der blauen Verzweiflung das Ohr
Das Elend hat reichliche Beute.
So haben sie's immer schon mit uns gemacht;
Zu all unserm Elend nur höhnisch gelacht.

Du hungerst, mein Kindlein, bist weinend erwacht,
Dir raubt deine Krankheit die Ruhe der Nacht.
Mein einziges Glück, du mußt sterben.
Die Leiden indessen, sie rechnen dir aus:
Mit Deutschlands Geburtszahl kommt Deutschland nicht aus!
Und laß dich elend verderben.
So haben sie's immer schon mit uns gemacht;
Zu all unserm Elend nur höhnisch gelacht.

Sie schürten voll Boshalt des Kriegsbrandes Glut,
Sie düngten die Erde mit jungdemischem Blut
Und schrien nach Blut und Geschäften.
Sie handeln mit allem, was lieb und was traut;
Verkaufen des Burchen verzweifelte Braut,
Verdienen und schwärzen nach Kräften.
So haben sie's immer schon mit uns gemacht;
Zu all unserm Elend nur höhnisch gelacht.

O herrliche Stunde, o goldiger Tag,
Wenn's niemand mehr über das Herz bringen mag,
Zu lecken den Herren die Hände.
Es hören die Schachergesellen dann auf;
Dann drehen sie uns ihre Volkswirtschaft auf
Und schüttelein uns lüftig die Hände.
So haben sie's immer schon mit uns gemacht;
Zu all unserm Elend nur höhnisch gelacht.

Kudwig Lampe.

Ich komme in die Drehereien. In den langausgestreckten, gleichmungenen Räumen arbeiten 1918 1500 bis 2000 Menschen. Heute stehen kaum noch 400 an den großen Dreh- und Schleifbänken. Sie drehen gewaltige Räder (für Turbinen), schleifen lange Spindeln, meien etwas, pressen, montieren, aber das Säusen der leerlaufenden Transmissionsen (es ist dumpf und heulend) und die lauten Schreie der wenigen Arbeiter geben auch diesen Räumen etwas Lotes und Friedhoffstos.

Die Halle, in der die Lastautomobile angefertigt werden, ist erschütternd gefüllt. Hier fräht man Einzelteile! Dort werden sie gehobelt, gedreht! Im Zentrum ist die Montage und in der Nähe der Türe stehen die fertigen, noch unermakten Wagen. Sie sind gefällig und umersehend sich von ausländischen Modellen durch Einfachheit und Dürbe und durch Vielteiligkeit ihrer Verwendungsrichtungen. Ich gehe noch einmal bis zur Vormontage. Fordische Systeme wurden hier überall übernommen. Selbst die breiten Eichen- und Bederrücken zum Zusammentragen der Einzelteile fehlen nicht. Aber es fehlt die Fordische Dreamation, die Fordische Sauberkeit, die Präzision im Zusammenströmen dieser Einzelteile (der Fordische Lohn, die Fordische Arbeitszeit), auch der Rhythmus, von dem die Fordischen Arbeitsmethoden getragen werden.

In den Werkstätten für landwirtschaftliche Maschinen ist die Hälfte von Arbeit und Menschen. Tierliche Sämaschinen werden zusammengeleitet und plandern Nähmaschinen und Pflüger. Die Nachfrage nach diesen Maschinen ist groß, sogar größer wie die Möglichkeit der Fertigung. Daß man diese Fertigungsmöglichkeiten nicht freiert, auch die der Lastwagen, während fast alle anderen Artikel der Kruppwerke an Absatzmangel leiden, darüber ist mir später eine recht sonderbare Antwort geigt worden.

Mitten in den Werken roße ich auf eine Ausstellung, in der alle augenscheinlichen Ergebnisse der Fabrik zu sehen sind. Ein etwas lahmender Wärter führt mich hinein. Er begleitet mich auch weiter. Zuerst zeigt er mir neue Waren. Gegenstände aus rohfremem Stahl. Es sind kleine Feingetrennere, andere ärztliche Instrumente, Schmutzgegenstände und dann ganze Reihen „künstlicher Gebisse“ aus diesem Stahl.

Der Faschismus an der Arbeit

ff. Vor kurzem erhielt das Sekretariat des Internationalen Genossenschaftsbundes in London folgendes Telegramm aus Mailand: „Bureau Lega Nazionale Mailand durch Faschisten befehligt und beschlagnahmt.“ Gleichzeitig ging durch die Tagespresse die Mitteilung, daß durch eine Verordnung Mussolinis sämtliche Genossenschaften, die keiner faschistischen Organisation angeschlossen waren, für aufgelöst erklärt worden seien.

Das war der letzte Streich in dem Trauerspiel der italienischen Genossenschaftsbewegung, indem man ihre noch vorhandenen Einzelgenossenschaften auflöste, nachdem die Bezirks- und Lokalverbände durch Gewaltstreich oder langsame Quälereien vernichtet worden waren. Ein schreckliches Beispiel von Gewalttaten im Namen einer Staatsgewalt, die bewußt reaktionär ein Volk in die Zeiten kaiserlicher Gewalt herrschaft zurückzuführen gewillt ist.

Die Lega Nazionale umfaßte vor ihrer Zerstörung 8000 Genossenschaften. Anfangs 1924 waren es ihrer immer noch 4600, aber vor dem letzten Streich nur noch etwa 1000, nachdem Tausende zwangsweise zu Faschistenorganisationen umgestempelt — oder ausgeplündert, in Brand gesteckt oder zum Konturs getrieben worden waren durch die diktorisch eingesetzten faschistischen Geschäftsführer und Verwaltungen.

Dabei war der Lega Nazionale schon lange Jahre vor dem Bestehen des Faschismus ein halbstaatliches Finanzinstitut angegliedert, das als Kreditzentrale für die italienischen Genossenschaften wirkte. Es war mit einem Geldbestand von 250 Millionen Lire ausgestattet, wovon 230 Millionen Staatsgelder waren. Die genossenschaftliche Kreditanstalt mit den Staatsgeldern ist nach gegenwärtiger Tätigkeit unter den niederträchtigen Streichen der Faschisten ebenso zusammengebrochen, wie die Blüte der italienischen Genossenschaften, die ihrem im Vergleich zu den großen Industrieländern wirtschaftskulturell zurückgebliebenen Volke unerschöpfbare Dienste geleistet hatten.

Man muß nämlich wissen, daß sowohl die Konsumvereine wie die Produktivgenossenschaften in Italien einen außerordentlichen Aufschwung genommen hatten. Nach einem Bericht von Dalmo Carnevali hatten die genossenschaftlichen Verbände der Arbeiter sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie sich erfolgreich als Produzenten, und zwar in Unabhängigkeit vom Privatkapital betätigt und Erstaunliches geleistet. Beispielsweise wurden weite von der Malaria verheulte Landgebiete der Anbaukultur wiedergewonnen, wobei ein großer Teil der öffentlichen Arbeiten von den Arbeiter-Produktivgenossenschaften ausgeführt wurde.

Im Gegensatz zu der deutschen Genossenschaftsbewegung, wo die Produktivgenossenschaften sich nur durch Eingliederung in die Konsumgenossenschaften zu entwickeln vermochten, bildeten sie in Italien mit den Konsumgenossenschaften den Kern, die breite Unterlage der Genossenschaftsbewegung überhaupt. Und es scheint, daß gerade die industrielle und allgemeine wirtschaftskulturelle Zurückgebliebenheit des Landes die Entwicklung der Arbeiter-Produktivgenossenschaften in einer Weise ermöglichte, wie es in Deutschland nie der Fall war.

Das Kapital der italienischen Genossenschaften betrug auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit rund 2 Milliarden Lire, außerdem stand bei gesteigerten Bedürfnissen der Staatskredit von 230 Millionen zur Verfügung — eine Leistung, deren sich kein anderer Staat in Europa rühmen konnte.

Daß die italienischen Konsumgenossenschaften nach Größe und Leistungsfähigkeit sich in den besten deutschen messen konnten, war schon in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Volkes begründet, dessen Arbeiter im Auslande und in ganz besonderem Maße in Deutschland durch ihre erstaunliche Bemühen und Sparsamkeit nicht immer nur Bewunderung erregten.

Dabei zeichnete die italienischen Konsumgenossenschaften eine Zielsetzlichkeit der Leistung aus, die für deutsche Verhältnisse als geradezu vorbildlich bezeichnet werden muß. Neben den alltäglichen Notwendigkeiten der Haushaltung bildete die Versorgung in Speisehäusern und für geistige Bedürfnisse in Beschaffen des Tätigkeitsgebietes großer italienischer Genossenschaften. Die Unione Cooperativa in Mailand war im Auslande eine ebenso viel genannte Konsumgenossenschaft wie etwa die Hamburger Produktion.

Nun ist dies vorläufig alles dahin. Soweit es nicht tatsächlich zerstört wurde, ist es durch die Unfähigkeit faschistischer Verwaltungen an den Rand des Bankrotts gebracht worden. Nachdem der ganzen Bewegung durch die Zerstörung der Zentrale das Rückgrat gebrochen worden ist, gibt es keine italienische Genossenschaftsbewegung mehr, die diesen Namen verdient. Jeder Tag bringt neue Bankrottanzeigen und Auflösungen von Genossenschaften und Verbänden. Der italienische Faschismus kann seinen Sieg über die Genossenschaftsbewegung verkünden, die nun ebenso zerstört ist wie die gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten Italiens.

Mit meinem Vater, einem alten Bauer, fing ich die Arbeit an. Wir bekamen beide gleich Nachtblindheit. Als wir den Bahnhof vorließen — wir hatten eine kurze Strecke mit der Bahn zu fahren — grüßten uns die Kollegen mit dem alten Bergmannsgruß „Glückauf! Wir wanderten der Wege zu. Schon von weitem sahen wir ihre Gebäude wie finstere Schalen aus der Dunkelheit emporgeliegen, lagen der Dämmerung der elektrischen Wagenlampen und hörten das Klappern der Bremsen.

Nachdem der Vater mit mir zum Obersteiger gegangen war, begaben wir uns in den Anleideraum. Dort zog ich meine Arbeitsjacke an, der Vater juckte mir einen alten Hut auf den Kopf und befestigte mit einer Nagel eine kleine Karbidlampe daran und zündete sie an. Das war mir erst sehr unangenehm, diemal das Ding mit immer über der Stirn beumelte. Aber mit der Zeit gewöhnte ich mich daran. Dann kam der Obersteiger. Er trug eine Mütze, auf welcher das Sinnbild der Bergleute, zwei gekreuzte Hammer, befestigt war. Er sprach ein kurzes Glückauf, schlug kein Buch auf und begann die Namen der Einfahrenden zu verlesen. Hernach jagte er zum Vater, er solle mit mir Lückstöße auswechseln, wenn wir vor Ort kämen.

Das waren natürlich alles Ausdrücke, die ich nicht verstand. Dann gingen wir über den Hof zum sogenannten Fördertrum. Das ist ein hohes, turmartiges Gebäude, auf dessen Dach sich ein großes Rad befindet, über welches ein Drahtseil läuft. Ein fähiger Wind weht, während wir über den Hof schritten, so daß die Lampen zu erlöschen drohen. Die Kämpfe stiegen aus dem Kesselhaus. Wir hörten das Summen der Räder in der Maschinenhalle. Mit banger Erwartung trat ich in den Fördertrum. Hinter einem großen Gitter aus Rastendrahth war der Förderkorb. Ein schrilles Glockenläuten ertönte. Ich sah, wie aus der Tiefe der Förderkorb her aufstieg, während der andere sich lenkte. Unterdessen hatten die Kollegen eine Klappe geöffnet und einer nach dem andern verschwand in dem schwarzen Loch, in dem hölzernen Leitern in die Tiefe führten. Wir Lotenverachtung stieg auch ich hinunter. Unten mit sah ich die Lampen der Kollegen wie Irrlichter hin und her hüpfen. Wenn ich zu einem Kameraden trat, mir mein Obermann auf die Hände. Zu

Indes werden diese Siege einer ungezügelter Gewalt, die mit den Feuerbränden eines Nero glaubt Ideen töten zu können, wie sie Dinge und Menschen zerstört, nur vorläufige Ketten sein. Erscheinungen einer politischen Despotie, die in sich unmöglich ist, weil sie mit der politischen und geistigen Freiheit auch die wirtschaftlichen Grundlagen des Staates angreift und damit den Akt abfährt, auf dem sie ruht.

Die Frage des Industriebandes in Schweden

Der im Jahre 1922 abgehaltene Schwedische Gewerkschaftskongreß beschäftigte sich eingehend mit der Umbildung der Berufsverbände zu Industriebänden. Nach langen Beratungen wurde mit 174 gegen 119 Stimmen ein vom Metallarbeiterverband gestellter Antrag angenommen, der den Übergang zu Industriebänden forderte und bestimmte, daß die neue Organisationsform bis zum 1. Januar 1923 eingeführt sein müsse. Die Widerheit stimmte für einen vom Vorstand gestellten Antrag, der nur eine freiwillige Umbildung vorsah. Gleichzeitig wurde der Vorstand mit der Ausarbeitung eines Organisationsplanes beauftragt, wobei ihm volle Freiheit gelassen wurde.

Wie schon aus dem Abstimmungsergebnis herbergeht, waren die Ansichten über die Zweckmäßigkeit oder Durchführbarkeit des Antrages sehr geteilt. Seit dem Kongreß ist nun die Frage in allen Gewerkschaften leidenschaftlich besprochen worden, wobei festgestellt werden kann, daß verschiedene Verbände sich ganz entschieden der Durchführung widersetzen.

Bei der Ausarbeitung kam es dem Vorstand, wie in seinem Bericht gesagt wird, nicht darauf an, die größtmögliche Anzahl Verbände aufzulösen, sondern zu versuchen, die Grenzen der Verbände so zu ziehen, daß bei Lohnbewegungen in jedem Betrieb nur ein Verband in Frage kommt. In dem vorgelegten Plane wird die Zahl der Verbände auf 33 festgesetzt. Hierbei muß jedoch bemerkt werden, daß man bei der Ausarbeitung des Planes auch die Gewerkschaften berücksichtigt, die noch nicht der Landeszentrale angeschlossen sind, damit bei einem Anschluß für diese Organisationen der Rahmen gleich vorhanden ist.

Von den der schwedischen Landeszentrale jetzt angeschlossenen Verbänden würden somit 9 Verbände entweder aufgelöst oder mit anderen Verbänden verschmolzen werden, wodurch die Zahl der Verbände nach Durchführung des Planes auf 25 herabgesetzt würde. Die übrigen 8 im Plane vorgesehenen Verbände gehören der Landeszentrale noch nicht an. Es sollen keine reinen Industriebänder geschaffen werden, vielmehr bestehen beide Organisationsformen nebeneinander oder es sind Organisationen vorgesehen, die weder Berufs- noch Industriebänder sind. Bei der Ausarbeitung ist man sichlich bestrebt gewesen, allzu großen Konflikten unter den angeschlossenen Organisationen von vornherein aus dem Wege zu gehen, und der Entwurf trägt vielfach den Stempel des Kompromisses. So hat man in einigen Fällen reine Berufsverbände bestehen lassen und gleichzeitig die Bestimmung getroffen, daß diese Verbände einen Teil ihrer Mitglieder an andere Verbände abzutreten haben.

Eine Reihe der angeschlossenen Verbände hat inzwischen zu dem Organisationsplan Stellung genommen. Die Verbände der Maurer, Maler und Bauholzarbeiter haben sich gegen den Anschluß an den geplanten Bauindustriearbeiterverband ausgesprochen; die Verbände der Buchdrucker, Buchbinder und Lithographen, die zu den ältesten Gewerkschaften des Landes gehören, sind gleichfalls nicht geneigt, sich zu einem Industrieband zu vereinigen und erachten ihre jetzt bestehende Kartellorganisation als genügend. Dasselbe gilt für den Formverband, der jetzt mit dem Metallarbeiterverband ein Kartellverhältnis eingegangen ist. Auch der Transportarbeiterverband hat sich gegen den Entwurf des Vorstandes ausgesprochen, wie auch die meisten anderen Verbände mehr oder weniger ernsthafte Bedenken gegen die zwangsmäßige Durchführung der neuen Form oder die Festsetzung der neuen Organisationsgrenzen haben. Es erhebt sich höchst unwahrscheinlich, daß die neue Organisationsform innerhalb der festgesetzten Frist zur Durchführung gelangt, und der Versuch, die Sache einfach durch Kongreßbeschluss und nach bestimmten im voraus festgesetzten Prinzipien zu lösen, kann schon jetzt als gescheitert betrachtet werden. Es darf jedoch gehofft werden, daß durch die Aufrollung und eingehende Behandlung der Organisationsfrage während mehrerer Jahre die Aufmerksamkeit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf dieses Problem gelenkt und somit der Boden für eine zukünftige Lösung dieser Frage im Sinne einer größeren Zusammenfassung bereitet worden ist. So wird der nächste Gewerkschaftskongreß vor eine äußerst schwierige Entscheidung gestellt sein. Es ist jedoch außer jedem Zweifel, daß sie so ausfallen wird, daß die starke schwedische Gewerkschaftsbewegung auch weiterhin einig und geschlossen ihren Vorkampf fortsetzen kann.

Englands Antwort auf den deutschen Schutz Zoll

Die englische Gesetzgebung ist im Begriff, eine Anzahl von Waren, die überwiegend aus Deutschland eingeführt werden, mit hohen Zöllen zu belegen. Diese Zölle müssen von einer Kommission bestimmt sein und vom Parlament genehmigt werden. Als letzte gelang es der Schiffsflotte Messerwarenindustrie, einen 33prozentigen Zoll zu erwirken, dessen Spitze sich gegen die Einfuhr der Solinger Messerfabriken richtet. Dieser Schutzantrag wurde damit begründet, daß die Solinger Industrie nur weltweithändig sei, weil sie um 40 v. H. niedrigere Löhne zahle und die 56-Stundenwoche eingeführt habe. England hat bisher 10 bis 11 v. H. der Solinger Stahlwaren aufgenommen. Mit derselben Begründung fordern die englischen Aluminiumfabriken die Einführung eines 33prozentigen Zolles gegen den deutschen Wettbewerb. Als besonders verletzend bezeichneten

Abständen von ungefähr 15 Meter kam eine sogenannte Bühne. Dann ging es auf der entgegengekehrten Seite wieder hinab. Unten angekommen, empfing uns ein starker Luftzug. Es war die Lüftungsanlage. Die Strecke war vorn ausgemauert und elektrisch beleuchtet. Zwei Schmalpurgleise führten in das Innere; Wagen, mit Braunkohle schwer beladen, krochen aus der Finsternis hervor.

Wir schritten die Förderbahn weiter, die weiterhin nur noch durch Balken und Bretter gestützt war. Nach einer halben Stunde waren wir „vor Ort“. Der Vater hatte die Balken auszuwechseln, die der Bergmann Lückstöße nennt. Keine Arbeit bestand darin, Klöße in verschiedenen Größen zu häneln und mit der Hacke zwischen die Balken zu klemmen. Was für eine merkwürdige Luft hier unten herrschte! Das Wasser tropfte von den Wänden und plätscherte in den Abzugskanälen. Nach Mitternacht kam der Obersteiger. Der Vater erkannte ihn schon von weitem, da nur die Steiger einen Scheinwerfer an ihrer Lampe trugen. Nachdem er unsere Arbeit in Augenschein genommen hatte, verschwand er wieder in der Finsternis. Als ich aus einem Seitenstollen einen Hammer holte, sah ich dort einen Wagen, der durch eingedrungenen Erd- und Wassermaßen aus den Schienen gehoben und an die Wand gedrückt war. Der Vater erzählte mir, daß dabei zwei Kollegen ihr Leben eingebüßt hätten. Mir kroch ein kalter Schauer über den Rücken, als ich dann den Stellen wieder betrat.

Endlich war die Fahrt zu Ende. Da „die Luft rein war“, fuhren wir im Förderkorb hinaus, was sonst verboten ist. Mit unendlichem Wohlgefallen erlöste ich das Licht des Tages wieder. Während der Auffahrt schon spürte ich einen besigen Drechsele. Schnell badete ich mich und eilte nach dem Bahnhof. Kaum hatte er Zug sich in Bewegung gesetzt, als ich fühlte, wie mein Mageninhalt mit aller Gewalt einen Ausweg suchte. Wie der Blitz rannte ich nach dem bewußten Orte. Verschlossen. Ein Fenster konnte ich in der Hast nicht aufbekommen. Da rief ich in der äußersten Not die Wagenschaffnerin an und rügte den Inhalt meines Magens auf den Bahnhöfen. Da hörte eine Bauersfrau entgegen: „Herzjeckes, warum wollt ihr denn überfahren lassen?“ So endete mein erster Tag als Bergmann.

die englischen Aluminiumfabriken die Tatsache, daß der Preis des Aluminiums für den deutschen inländischen Verbrauch 6 M. das Kilogramm und mehr beträgt, in England jedoch deutsches Aluminium nur mit 4 M. verkauft wird. Die deutschen Produzenten behaupten demgegenüber, daß ihre geringen Preise nicht auf niedrige Löhne zurückzuführen seien, weil diese nur 10 bis 15 v. H. der Produktionskosten ausmachten, während die Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate ebenso hoch seien wie in England. Die Verschleuderung der Waren soll eine Folge der Geldknappheit sein. Des weiteren soll die Verdoppelung der nach England ausgeführten Aluminiummenge nicht einem Dumping (Unterbietung), sondern der natürlichen Abfallsteigerung dieser Ware seit dem Krieg entsprungen. Die Weltproduktion ist nämlich von 64 000 Tonnen 1913 auf 188 000 Tonnen 1925 gestiegen. Da die deutsche Industrie ein Geschäft des Rohstoffes aus England bezieht, wird durch die neuen Zölle auch die englische Wirtschaft geschädigt, weil diese Rohstoffe künftig wahrscheinlich nicht von England gekauft werden. Dasselbe trifft auf die fabrikmäßig hergestellten Handschuhe zu, für welche ebenfalls als Abwehr gegen den deutschen Wettbewerb ein 33prozentiger Zoll erhoben wird. 300 schiffische Fabriken, die das Garn für die Herstellung von Handschuhen aus England beziehen, werden von diesem Zoll betroffen. Die englischen Spinnereien liefern 2 1/2 Millionen Pfund im Jahr nach Sachin und halten für diesen Zweck jährlich eine Million Spindeln in Betrieb. Dieser Industrie wird jetzt ebenfalls großer Schaden zugefügt.

So zeigt es sich, daß die niedrigen Löhne in Deutschland zu einer schweren Schädigung sowohl der deutschen wie der englischen Industrie führen. Auch für Eisen und Stahl fordern die englischen Unternehmer einen Zollfuß. Dieser wird jedoch nicht mit dem deutschen Wettbewerb auf dem englischen Markt, sondern mit der Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs begründet, welche Länder dreimal so viel nach England ausführen als vor dem Krieg und 72 v. H. der englischen Eisen- und Stahlimporte bestreiten, während die deutsche Eisen- und Stahlimporte nach England auf ein Fünftel der Vorkriegsausfuhr zurückgegangen ist.

Automobilgeschäft glänzend — in England. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage erfreuen sich Automobilindustrie und Automobilabsatz in England eines außerordentlichen Aufschwungs. Vor vier Jahren betrug die Zahl der Privatautomobile eine Viertelmillion, heute bereits 600 000 — mit einem Wert von 120 Millionen Pfund — eine Zunahme von 132 v. H. in vier Jahren. Im nächsten Jahre sollen weitere 300 000 in den Verkehr kommen. Der Absatz von Motorrädern, Lastautos und Motorpflügen hat sich, wenn auch weniger schnell, gleichfalls erheblich gesteigert. Die Zahl der Fahrzeuge beträgt 571 000, die der Lastautos 242 000, eine Steigerung von 60 bzw. 65 v. H. gegenüber 1921. Vor nicht langer Zeit waren die Automobile noch alle vom Ausland eingeführt. Vor einigen Jahren noch zu mehr als 50 v. H. Der Satz der von der inländischen Industrie hergestellten Automobile ist aber dauernd im Steigen. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß der Automobilabsatz Englands auch künftig nicht an den amerikanischen herantreiben kann. Dort lebt die Bevölkerung über große Gebiete zerstreut, in England dicht beieinander. Der Brennstoff kostet in Amerika die Hälfte, die Automobilsteuer ein Viertel der englischen.

Aufgelegte Lonnage. Feststellungen der englischen Chamber of Shipping zufolge waren am 1. Oktober 1925 in britischen Häfen 359 Schiffe mit 574 354 Nettoregistertonnen aufgelegt, was gegenüber dem Stand vom 1. Juli eine Verminderung um 71 Schiffe und 202 815 Nettoregistertonnen darstellt. Die Zunahme der in den Verkehr gestellten Schiffe wird hauptsächlich auf erhöhte Nachfrage nach Frachtraum im Verkehr mit Nordamerika zurückgeführt. Am 1. Oktober 1924 waren in englischen Häfen 333 820 Tonnen gegenüber 755 101 Tonnen in 1923 und 824 624 Tonnen in 1922 aufgelegt.

Beachtung der Formvorschriften bei Einspruchsverfahren

Die Verordnung für das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 überweist alle Entlassungsstreitigkeiten aus dem Betriebsratgesetz den sogenannten vorläufigen Arbeitsgerichten (Gewerbe- und Kaufmannsgerichten). Da infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise und der dadurch bedingten Massenentlassungen es häufiger vorkommen wird, daß Kollegen gegen ihre Kündigung auf Grund des § 84 Abs. 1 Ziff. 4 ArbZG Einspruch beim Gruppenrat (Arbeiterrat) erheben werden, sei im folgenden auf die von den Gerichten verlangte Beachtung der Formvorschriften hingewiesen.

Der Einspruch eines gefündigten oder fristlos entlassenen Arbeiters hat gemäß § 84 binnen fünf Tagen, beginnend mit dem Tage nach der Kündigung oder fristlosen Entlassung, beim Arbeiterrat zu erfolgen. Bei der Anrufung müssen die Gründe des Einspruchs dargelegt und die Beweise ihrer Berechtigung vorgebracht werden; erachtet der Arbeiterrat die Anrufung für begründet, so hat er zu versuchen, durch Verhandlungen mit dem Unternehmer eine Verständigung herbeizuführen. Geht diese Verständigung nicht binnen einer Woche, so kann der Arbeiterrat oder der betroffene Arbeiter binnen weiteren fünf Tagen, gerechnet vom ersten, auf den Tag der Verständigungsverhandlung folgenden Tage ab, das Arbeitsgericht anrufen. Doch muß sich der Gruppenrat nach Kräften und ohne Verzögerung um die Einleitung der Verhandlungen bemühen.

Der Einspruch ist vom Gruppenrat in einer gemäß § 32 ArbZG ordnungsmäßig einberufenen Sitzung zu behandeln. Von dieser Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen. In dieser Niederschrift ist zu vermerken, ob der Gruppenrat den Einspruch als berechtigt anerkannt und den Beschluß gefaßt hat, gegen die Entlassung oder die Kündigung Einspruch zu erheben. Dieser Beschluß ist im Wortlaut wiederzugeben, ebenso das Stimmenverhältnis, mit dem er gefaßt wurde, und vom Vorsitzenden des Gruppenrats sowie einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen (§ 33 Abs. 1 ArbZG).

Bei der Verhandlungsverhandlung hat der Gruppenrat auch den § 29 Abs. 3 ArbZG zu beachten, das heißt die Anrufung des Arbeitsgerichts nach § 86 kann erst erfolgen nach Beachtung des § 29 Abs. 3. Das Kammergericht Berlin hat in einem Urteil vom 28. Juni 1924 entschieden, daß es nach § 86 Vorbedingung ist, daß der Gruppenrat den § 29 Abs. 3 beachtet hat. Durch diese Entscheidung ist also für das Einspruchsverfahren der § 29 ArbZG belanglos geworden. Der Vorsitzende des Gruppenrats hat also eine Arbeiterratsitzung einzuberufen und den Unternehmer oder seinen Vertreter unter Mitteilung des Verhandlungsgegenstandes zu laden.

In größeren Betrieben läßt sich die peinlichste Beachtung dieser Formvorschriften nicht immer leicht durchführen, sei es, daß infolge Beschäftigung Mitglieder des Arbeiterrats Nacharbeit haben oder aus anderen Gründen. Diesen Fällen trägt auch das Kammergericht in seinem Urteil Rechnung, indem es ausführt: „Nun läßt sich zwar ferner immerhin, da die genaue Durchführung des Verfahrens mit vollbestimmtem Betriebsrat (Arbeiterrat) gemäß § 29 in jedem einzelnen Entlassungsfall tatsächlich schwer zu verwirklichen ist, annehmen, daß der Betriebsrat durch Vereinbarung mit dem Arbeitgeber auf Grund des § 34 a. a. O. ein vereinfachtes Verfahren, zum Beispiel bloße Erörterung mit dem Vorsitzenden des Betriebsrats in solchen Fällen einzuführen kann.“ Stimmt der Arbeitgeber einem solchen vereinfachten Verfahren zu, tut der Gruppenrat gut daran, eine derartige Vereinbarung schriftlich festzulegen und von beiden Seiten, Unternehmer und Gruppenrat, durch Unterschrift anerkennen zu lassen.

Das Beschlußverfahren vor den Arbeitsgerichten ist gebührenfrei, nicht aber das Urteilverfahren; dieses ist grundsätzlich gebührenpflichtig. Die Gebühren und Auslagen hat der zu traen, dem diese Kosten durch gerichtliche Entscheidung auferlegt werden. Klagt hingegen die Betriebsvertretung auf Grund des § 84 (Einspruchsverfahren) für den entlassenen Arbeiter, so kann ihr auch im Falle des Unterliegens keine Gebühr auferlegt werden. Die Betriebsvertretung kann im Urteilverfahren Klagen in den Fällen der §§ 82 bis 90 ArbZG. R. G.

Reinfall des Metallindustriellen-Verbandes

Auf dem Fabrikgelände einer Maschinenfabrik in W. fand eine Betriebsversammlung statt, woran sich eine Kundgebung schloß. Da die gesamte Belegschaft (mit Ausnahme der Angestellten) an diesem Tage nicht zur Arbeit zurückgekehrt war, wurde von der Betriebsleitung durch Anschlag bekannt gegeben, daß der Betrieb bis auf weiteres geschlossen sei. Auf Grund der vom Betriebsrat nun unternommenen Verhandlungen mit der Betriebsleitung wurden alle Arbeiter mit Ausnahme von 58 wieder eingestellt. Die Betriebsleitung behauptete, daß diese Arbeiter die Arbeit unbefugt verlassen hätten und sie deshalb zur Entlassung berechtigt sei. Hiergegen hatten die Kläger gemäß § 84 des Betriebsrätegesetzes Einspruch erhoben. Das Einspruchsverfahren mußte vor dem Schlichtungsausschuß aber ausgesetzt werden, weil die Firma über das Vorliegen eines wichtigen Entlassungsgrundes beim Gewerbegericht eine Entscheidung (Feststellung) herbeiführen wollte. Die Firma wurde dann vom Gewerbegericht mit der Feststellungsanfrage abgewiesen und ferner die hiergegen verfolgte Berufung vom Landgericht wegen Ungültigkeit verworfen.

Das bis dahin ruhende Schlichtungsverfahren mußte nun vor dem Arbeitsgericht (Gewerbegericht) seinen Fortgang nehmen, worauf die beklagte Firma die Zuständigkeit bestritt. Das Arbeitsgericht erklärte sich dagegen für zuständig und verurteilte nach eingehender Beweiserhebung in drei Verhandlungen die Firma zur WiederEinstellung der 58 Kläger oder Zahlung eines Schadenersatzes gemäß § 87 des Betriebsrätegesetzes (zum 7500 M.). Das Arbeitsgericht erklärte in der Urteilsbegründung, daß es in der Teilnahme an der Betriebsversammlung weder ein unbefugtes Verlassen noch eine beharrliche Verweigerung der Arbeit gemäß § 123 Ziffer 3 der Reichsgewerbeordnung erblicken könne und daß ferner auch eine Entlassung im Sinne des § 85 des Betriebsrätegesetzes nicht gegeben wäre. Die Betriebsleitung stellte aber trotzdem — da Recht vor Recht geht — die 58 Kläger nicht wieder ein, sondern zahlte neben den Gerichtskosten an drei Instanzen (Gewerbegericht, Landgericht und Arbeitsgericht) an die 58 Kläger die vorgenannte Entschädigung. Ferner wurde nun die Klageberufung des Gerichts vorsitzenden von dem Metallindustriellenverband im Beschwerdeverfahren betrieben. Drei Instanzen wurden auf einmal angezogen, das heißt der Oberlandesgerichtspräsident, der Landesgerichtspräsident und der Stadtmagistrat. Die Beschwerdeführer wußten nicht einmal, wer eigentlich zur Abweisung des Gerichts vorsitzenden zuständig ist und nahmen deshalb wohl die drei Instanzen auf einmal. Der Oberlandesgerichtspräsident wußte natürlich nicht, was er mit der Beschwerde des Metallindustriellenverbandes gegen einen Gewerbegerichtsvorsitzenden anfangen sollte und glaubte sich deshalb gutachtlich äußern zu sollen. Dieses Gutachten war aber ein glatter Reinfall für die Industriellen. Es heißt darin unter anderem:

... Die von mir nachgeprüften Sachen rechtfertigen meines Erachtens nicht die Schlussfolgerung, daß bei dem Gewerbegericht W. von einer objektiven Rechtsprechung und objektiven Verhandlungsführung sehr häufig nicht gesprochen werden könne. Ein prozessualer Revers ist nur in der Sache S. nachzuweisen. Solche Fehler sind materialien Verstoße kommen gelegentlich auch bei den obersten Gerichten vor. Die mir vorgelegten Urteile des Herrn... sind ausweislich begründet. Im übrigen ergeben die von Herrn... mitgeteilten Thatsachen, daß sich Übernahme des Vorsitzes durch ihn nicht mehr Urteile des Gewerbegerichts im Berufungsverfahren abgeändert worden sind, als dies vorher unter dem Vorsitz eines Juristen der Fall gewesen ist. Ich bedaure, daß gegen den Stadtrat... der Vorwurf erhoben werden konnte, seine ganze geistige Einstellung müsse eine einseitige sein, da er vor seiner Berufung zum Vorsitzenden des Gewerbegerichts Arbeitersekretär gewesen sei... Ich habe den Eindruck, daß Stadtrat... in großen und ganzen sich in genügender Weise in den Rechtsstoff eingearbeitet hat usw.

Eine ähnliche Mißgunst beim Metallindustriellenverband von dem zuständigen Stadtmagistrat. Das der Landgerichtspräsident nun noch mit der Beschwerde des Metallindustriellenverbandes einziehen sollte, ist schwer zu sagen.

Die Arbeiterkraft kann aus diesem Streitfall abermals erkennen, mit welchen „geheimen Mitteln“ die Metallindustriellen gegen die Personen kämpfen, die sich erlauben, eine eigene Meinung in rechtlicher Beziehung zu haben. Nicht genug damit, daß sie in diesem Streitfall gegen 58 Metallarbeiter rechtswidrig vorgehen und sie hinculpa machen, versuchten sie auch noch, den hier Recht sprechenden Gewerbegerichtsvorsitzenden von seinem Posten im unläuteren Beschwerdeverfahren zu entfernen, unbekümmert darum, daß die Firma von verschiedenen Richtern in drei Instanzen ihre Ungeheuerlichkeit schon bestätigt bekommen hatte. Aber darum ging es ja hier nicht mehr, sondern der ehemalige Arbeitersekretär sollte als Gewerbe- und Arbeitsgerichtsvorsitzender entfernt werden. Die juristischen Ratgeber des Metallindustriellenverbandes wußten aber nicht einmal den Justizweg, um einen Gewerbegerichtsvorsitzenden entfernen zu lassen, sondern schlugen drei beschriebene Wege ein.

Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung

Nach Erhöhung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind in Deutschland gegenwärtig eine Million Arbeitslose. Diese Millionen Arbeitswilliger sind mitten im Winter der Not preisgegeben. Die Arbeitgeber erhalten keine Unterstützung, außerdem gibt es große Schwierigkeiten an Arbeitern und Angestellten, die bereits nicht zur Arbeitslosenunterstützung berechtigt sind, aber aber, wie bei Angestellten in höheren Gehaltsklassen, überhaupt nicht berechtigt waren. Die Not der Arbeitslosen betrifft aber diese Schichten ebenso wie die anderen. Die an die übrigen Arbeitslosen verteilten Unterstützungen sind jedoch in der gegenwärtigen Lage außerordentlich niedrig.

Somit man auch der unvollständigen Berechtigung einer ausreichenden Arbeitslosenunterstützung, so ist die Antwort nicht schwer zu geben. Krieg und Inflation haben die gegenwärtige Krise, die geringe Lohnunterstützung der Arbeitslosen herbeigeführt. Es geht nicht an, daß deren Löhne um den Massen angehoben werden, die immer gegen Krieg und Inflation gekämpft sind.

Das folgende Stadium ist die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ohne weiteres zu realisieren. Der gegenwärtige Preisstand ist unzulässig wie das bei der Feststellung der Regierung und der von den Richtern verfolgten Politik nicht anders möglich war. Die Arbeiter sind in Europa begünstigt. Die soziale Gerechtigkeit, das im Falle einer Arbeitslosenunterstützung die Arbeitslosigkeit nachlassen werde, wird kein Beschäftigter beschweren wollen. Das sind nur ideologische Einwände der Unternehmer, die mit aller Macht gegen eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützungen stehen kämpfen.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstag eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung angekündigt. Sie beantragte eine Erhöhung der Höhe um 50 bis 100 Prozent. Der Antrag kam vor dem sozialdemokratischen Ausschuss. Doch wurde der Antrag abgelehnt, obwohl ein Antrag der Sozialdemokratie, der den Satz auf 100 bis 150 Prozent erhöhen würde ein dementsprechender Antrag von 30 bis 50 Prozent. Die Regierung hat die Regierung des Reichstages polizeiliche Schritte gegen diese Art, die übermäßigen Parlamentarier liegen ihren eigenen Antrag stellen und Kämpfer für den Regierungsvorschlag von 30 bis 50 Prozent. Auf Grund dieses Antrages ergibt sich folgende Regelung:

Die Höchstätze der Arbeitslosenunterstützung betragen nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. Dezember für die Zeit vom 1. Dezember bis 1. Mai 1926 wöchentlich:

Im Wirtschaftsgebiet I (Osten) in Osten der Ostpreußen A, B, C sowie D und E:

1. für Personen über 21 Jahre 138, 129, 120 und 111 Reichspfennig,
2. für Personen unter 21 Jahren 83, 74, 65 und 56 Reichspfennig,
3. als Familienzuschläge für a) den Ehegatten 42, 45, 42 und 39 Reichspfennig, b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 33, 31, 29 und 27 Reichspfennig.

Im Wirtschaftsgebiet II (Mitte) in den Orten der Ostpreußen A, B, C sowie D und E:

1. für Personen über 21 Jahre 162, 152, 142 und 132 Reichspfennig,
2. für Personen unter 21 Jahren 98, 92, 86 und 80 Reichspfennig,
3. als Familienzuschläge für a) den Ehegatten 55, 52, 49 und 46 Reichspfennig, b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 39, 37, 35 und 33 Reichspfennig.

Im Wirtschaftsgebiet III (Westen) in den Orten der Ostpreußen A, B, C sowie D und E:

1. für Personen über 21 Jahre 174, 168, 152 und 141 Reichspfennig,
2. für Personen unter 21 Jahren 105, 98, 91 und 84 Reichspfennig,
3. als Familienzuschläge für a) den Ehegatten 60, 56, 52 und 48 Reichspfennig, b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 42, 40, 38 und 36 Reichspfennig.

Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Falle folgende Beträge übersteigen:

In den Orten der Ostpreußen A, B, C sowie D und E:

1. im Wirtschaftsgebiet I (Osten) 315, 295, 275, 255 Reichspfennig,
2. im Wirtschaftsgebiet II (Mitte) 360, 340, 320, 300 Reichspfennig,
3. im Wirtschaftsgebiet III (Westen) 400, 375, 350, 325 Reichspfennig.

UNSEREN MITGLIEDERN UND MITARBEITERN
HERZLICHE WÜNSCHE
ZUR JAHRESWENDE
SCHRIFTFÜHRUNG UND VORSTAND

Die Konferenz des Bezirks Halle

tagte in Bernburg. Sie war von 106 Kollegen und einer Kollegin besucht. Ferner waren anwesend 4 Mitglieder der engeren und 6 Mitglieder der erweiterten Bezirkskommission, der Bezirksleiter, 2 Bezirkssekretäre und der Kollege Schließert vom Vorstand. Aus dem Bericht des Bezirksleiters Köppler ging hervor, daß der Lohn in der Metallindustrie, mit Ausnahme der Verwaltungen des Harzbezirks und der Verwaltungen Bodowig, Herzberg und Torgau ziemlich gleich ist. Es kommt ein Mindestlohn von 69 Pf. in Frage. Dies Ergebnis war durch planmäßiges Vorgehen möglich. Auch bezüglich des Mitgliederstandes konnte Köppler von langamer aber stetiger Aufwärtsbewegung berichten. In der nachfolgenden Aussprache wurde Kritik an der Tätigkeit der Bezirksleitung nicht geübt. Darauf sprach Kollege Schließert vom Vorstand über die Beitragsfrage. Es wurde von ihm eingehend über die Weltwirtschaft gesprochen und dann die Erhöhung der Unterstützungen und Beiträge eingehend begründet. In der folgenden Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß die Erhöhung der Unterstützungen und der Beiträge notwendig sei. Deshalb wurde die nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Bezirkskonferenz erklärt sich mit der Erhöhung der Unterstützungen und Beiträge auf Beschluß des Vorstandes und des Verbandsausschusses einmütig einverstanden. Der Beschluß war eine zwingende Notwendigkeit, und es verpflichten sich deshalb die Delegierten, ihre ganze Tätigkeit auf die reiflose Durchführung desselben einzusetzen. Die Konferenz richtet einen Mahnruf an alle Mitglieder, daß diese Entschließung der Konferenz zu eigen zu machen. Darüber hinaus werden alle der Organisation noch Fernstehenden aufgefordert, sich unverzüglich dem DVB anzuschließen, um so zur erhöhten Geschlossenheit und Schlagkraft der Arbeiter in der Metallindustrie beizutragen.“

Die Neubildung der engeren Bezirkskommission ergab die Wiederwahl der Kollegen Reich, Schönwäldersdorf, Gröbel und Lämmler (Halle).

Statutarische Anerkennung der Verbandstreue

Wenn unter dieser Überschrift in Nr. 49 der WZ der Kollege Fr. L. Berlin die Anregung gibt, den alten Kampfern eine Ehrung in Form statutarischer Festlegung zuzuerkennen, so würde das gewiß von vielen Kollegen begrüßt werden. Beim Lesen dieser Anregung wird sich jedoch mancher alte Kollege erinnern an die Zeit vor 25 bis 30 Jahren. Das mußten die Kollegen, hauptsächlich in den kleineren Städten, wo man diese Zeit der Kampf um die Organisation einsetzte, nicht alles erdulden. Ich erinnere mich so mancher Kollegen, die Frau und Kind verlassen mußten, um anderswo ihr Brot zu suchen. Und was stand ihnen an fremden Ort bevor? Darüber viel zu reden, hiesie die Zeitung unzulässig in Anspruch nehmen. Denn welche Drangsal die schwarzen Listen bedeuten, ist noch vielen von den Allen in Erinnerung. Sie haben ausgehalten und die Organisation ist durch ihre Treue groß geworden. Das war gut so, denn wieder mußten sie ihren Mann stellen bei der Revolution. Nicht ihr noch, was sie da alles hören mußten? Schmeißt das Verbandsbuch in die Ecke, jagt die Jungen zum Teufel, laßt den Karren laufen, wie er läuft.“ Die alten, die treuen Kollegen waren es, die den Karren wieder ins Geleise schoben. Waren die Allen nicht fest an der Stange geblieben, so müßte ich heute sehen, wie die Tarifabschlüsse ausfallen. Ich würde es darum begrüßen, wenn sich der nächste Verbandstag mit dem Vorschlag, den Kollege Fr. L. Berlin an Schluß seiner Ausführungen macht, in wohlwollender Weise beschäftigen sollte.

Lohnanpassung an die Beitragsätze

Die Nummern 45, 46 und 47 der WZ brachten verschiedene Aufsätze über die Beitragserhöhung, unter anderem die Auffassung, daß die Erhöhung noch nicht einmal 1 Pf. die Stunde ausmache. Da möchte ich nun folgenden Gegenentwurf bringen: Grundbeitrag 1 M., hinzu kommt der Ortszuschlag (Berlin zum Beispiel 30 Pf.). Der Stundenverdienst der Klasse I beträgt zum größten Teil über 1 M., der der Klasse II meistens um 1 M. herum. Die Gruppen der Klasse III bis V haben nur einen Verdienst von 50 bis 70 Pf. die Stunde, zahlen aber denselben Beitrag wie die I. und II. Klasse, also müssen diese Kollegen zwei Stundenverdienste aufbringen, um den Beitrag zu entrichten, gegen einen Stundenverdienst der I. und II. Klasse. Dadurch sind die niederen Klassen bedeutend mehr belastet. Es müßte meiner Meinung nach eine II. Beitragsklasse für diese niederen Lohngruppen eingeführt werden, um eine Abmilderung zu bewirken. Oder es muß bei Lohnanpassungen darauf hingewirkt werden, einen größeren Anstieg zwischen den einzelnen Klassen zu schaffen und die Klassen III bis V mit größeren Lohnzuschlägen zu versehen, so daß der Ausgleich oder vielmehr ein größeres Anpassen von Klasse zu Klasse bei jeder Lohnanpassung geschieht. Ich sehe die Notwendigkeit der Beitragserhöhung völlig ein und bin kein Gegner davon. Meine Forderungen sollen nur dazu anregen, bei kommenden Verhandlungen darauf hinzuwirken, einen Lohnausgleich zu schaffen, so daß alle Kollegen in der Beitragsanpassung möglichst gleichmäßig belastet sind.

Cornelius Gohr †

Ein unserer ganz Allen hat das Heilige gesegnet. Cornelius Gohr war einer der Gründer unseres Verbandes. Von Herz Feilenhauer, dessen er Ende der achtziger Jahre von Düren nach Remscheid, in das Herz der Feilenindustrie über. Hier war er einer der eifrigsten Mitglieder des Feilenhauervereins, der einen langwährenden Streit gegen die Unternehmer führte. Dieser Streit war die Ursache, daß die Firma Wundersmann die erste Feilenhauerei aufstellte, um sich von den Panzern unabhängig zu machen. Es ist ein Beweis für den Weitsicht Gohr, daß er sich für den Eintritt des Feilenhauervereins in den Deutschen Metallarbeiter-Verband einsetzte. Denn auch nicht alle Feilenhauer folgten, er selbst wurde bei der Gründung außer Acht gelassen.

Eine Krankheitskur hatte ihn bereits im Feilenhauerverein befreit, so daß man ihn die Hoffnungen setzte, und als dann seinen Feilen die Mitgliederzahl die Erfüllung eines Kollegen erforderte wurde Cornelius am 1. Januar 1905 als Geschäftsführer

bestellt. Erst im Jahre 1911, nach 20jähriger Tätigkeit, mußte er, aus einem Auge fast erblindet, die Feilenfertigung anderen übergeben. Auf dem ersten Verbandstag in Altenburg 1893 wurde Cornelius durch Gohr vertreten; auch 1899 in Halle war er zugegen als Vertreter der Arbeitslosenunterstützung. Der Berliner Verbandstag sah ihn wieder. Die Feilenarbeiter werden sich seiner noch erinnern nach ihren Berufsreisen, deren letzte 1910 in Düsseldorf von ihm geleitet wurde. Die vielen Verdienste Gohrs um die Arbeiterbewegung in einem außergewöhnlich schwer zu bearbeitenden Industriegebiet fanden eine weitere Anerkennung in seiner Wahl zum Stadtvorsteher, ein Amt, das er bis zuletzt ausübte. Aus Verbandsdiensten mußte er bereits Ende 1913 infolge stärker werdender Blindheit ausscheiden. Nun ist er am 14. Dezember, 73 Jahre alt, gestorben. Ein stiller Geschicht, besonders der Feilenarbeiter, ist mit ihm verbunden. Dankschuld soll betont werden, daß die gerade in Remscheid argen Feilenhauer der letzten Jahre die Treue unseres Cornelius nicht ins Manen brachten, trotz seiner Gegenfähigkeit. Und diese Treue bis in den Tod sichert ihm ein ehrendes Gedenken.

Berichtigung. In dem Veltauftrag der Nr. 50, 1925, über Preise, Unternehmern und Gewerkschaften muß es auf der zweiten Spalte in der 36. Zeile heißen: Frankengeld 1.20 (nicht 0.20), wodurch sich die in der 38., 50. und 52. Zeile stehenden Summen um 1 M. verringern.

Lieber Kollege! Im neuen Jahre brauchst Du den
Metallarbeiter-Kalender oder den
Former-Kalender oder den
Klempner-Kalender

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband liefert Dir einen solchen zum Preise von einer Mark für das Stück. Bestelle sofort bei Deiner Ortsverwaltung.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Mit Sonntag dem 8. Jan. ist der 2. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. Januar 1926 fällig.

Am 27. Dezember 1925 (1. Woche 1926) traten die durch Verbandsbeschlüsse festgesetzten Beiträge in Kraft. Dieselben betragen:

Klasse I	Klasse II	Klasse III	Klasse IV	Klasse V
100 Pf.	75 Pf.	50 Pf.	30 Pf.	10 Pf.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Wochenbeitrag
	I	II	III	IV	
Bensheim	20	15	—	—	1. Woche
Borna	20	15	10	—	L.
Dippoldiswarde	10	10	10	—	L.
Dresden	20	15	10	5	L.
Eberbach	10	10	—	—	L.
Göhring	10	10	5	—	L.
Greiz	20	15	—	—	L.
Hall (Schwab.)	20	15	10	10	L.
Henne	20	15	10	—	L.
Hilber	20	15	10	—	L.
Koswig	10	10	10	—	L.
Kronenberg	20	20	10	—	L.
Leipzig	10	5	—	—	L.
Mörsdorf	20	20	10	10	L.
Mühlbach	20	15	10	10	L.
Mühlheim a. Ruhr	20	20	15	10	L.
Neustadt a. Orla	20	20	15	10	L.
Offenburg	20	15	10	5	L.
Röhrig	10	10	—	—	L.
Radeberg	20	15	10	5	L.
Schöningen	20	20	10	—	L.
Schwabach	20	15	10	10	L.
Stuttgart	20	15	10	10	L.
Willingen	20	20	15	10	L.
Wernigerode	10	10	10	10	L.
Witten	20	20	15	10	L.
Zwickau	20	15	15	10	L.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltung folgende Personen:

Der Maschinenarbeiter Max Bläse, geb. am 10. März 1866 zu Bamberg, Mitgliedsbuch Nr. 5,110563, wegen Streikbruch.

Der Schleifer Walter Fischer, geb. am 12. Dezember 1866 zu Sreitschen, Mitgliedsbuch Nr. 5,749445, wegen Streikbruch.

Der Schleifer Kurt Graf, geb. am 12. Februar 1906 zu Orla, Mitgliedsbuch Nr. 5,621194, wegen Streikbruch.

Stuttgart, Südstraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Feilenarbeitern nach Berlin u. von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig (The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd., Danziger Werft u. Eisenbahnwerkstätten A. S.). nach Dortmund (Christliche Metallindustrie W. nach Duedlingburg).
A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; u. St. = Streit in Stettin; St. = Streit; W. = Abregelung; Wi. = Mißstände; A. = Ansperrung.
Arbeitsfahende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erhaltung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Christliche ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausscheiden der Mitgliedschaft abzumelden zu lassen.

Verbandsanzeigen

Bodowig, Nr. Siebenstraße, Bez. Halle. Die Erhebungen sind nicht mehr an Kollegen Helfer zu richten, sondern an Gustav Müller, Volkshaus, Kleinleipzigerstraße 5. Die Geschäftsstelle ist geöffnet von 9 bis 12 und von 2 bis 6 Uhr, Sonntags geschlossen. Geben Sie im Volkshaus.
Breslau. Abhanden gekommen ist das Mitgliedsbuch des Schlossers Willi Seidel, geb. 13. Mai 1902 in Koblenz, eingetragen 1. Falls das Buch vorzeitig wird, ist es einzulösen und an uns einzulösen. Der Eigentümer hat sich am 9. ds. Mts. in Ginzberg i. Schl. abgemeldet. Bezirksleitung Dresden a. des DVB.
Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstraße 16.